Staatlichkeit und politisches Handeln in der römischen Kaiserzeit – Einleitende Bemerkungen¹

Hans-Ulrich Wiemer

I.

Das Verhältnis von politischen Strukturen und intentionalem Handeln gehört zu den Grundproblemen, die die Wissenschaft von der Geschichte ebenso beschäftigen wie die Wissenschaft von der Politik.² Politische Institutionen ermöglichen die Ausbildung eines kollektiven Willens, verleihen ihm Richtung und Stetigkeit und statten ihn mit den Zwangsmitteln aus, deren er zu seiner Durchsetzung bedarf. Insofern bilden politische Institutionen eine notwendige Voraussetzung für politisches Handeln. Zugleich aber setzen die konkreten Formen von Staatlichkeit, unter denen politisches Handeln sich vollzieht, dem planenden Gestalten auch Grenzen: Ein Institutionengefüge gehört zu den strukturellen Bedingungen, die die politischen Akteure vorfinden und nicht ohne weiteres ändern können. Wo immer daher nach den Handlungsmustern und Handlungsspielräumen politischer Akteure gefragt

1 Ich bin Hartmut Leppin, Beat Näf, Stefan Rebenich und Sebastian Schmidt-Hofner für die kritische Durchsicht des Manuskripts und zahlreiche Hinweise zu großem Dank verpflichtet.

2 Zum gegenwärtigen Stand der politikwissenschaftlichen Institutionenforschung vgl. etwa B. G. Peters, *Institutional Theory in Political Science. The „New Institutionalism“*, London 2000; G. Göhler u. a., *Institution – Macht – Repräsentation. Wofür politische Institutionen stehen und wie sie wirken*, Baden-Baden 1997; ders. (Hg.), *Institutionenwandel (Leviathan. Sonderheft 16)*, Opladen 1997; ders. (Hg.), *Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politikwissenschaftlicher Institutionentheorie*, Baden-Baden 1994; J. A. Schülein, *Theorie der Institution. Eine dogmengeschichtliche und konzeptionelle Analyse*, Opladen 1987; G. Göhler (Hg.), *Grundfragen der Theorie politischer Institutionen. Forschungsstand – Probleme – Perspektiven*, Opladen 1987.

wird, steht zugleich auch die Frage auf der Tagesordnung, welche Formen von Staatlichkeit ihr Handeln bedingen.³

Die in diesem Band versammelten Beiträge, hervorgegangen aus einer Tagung an der Philipps-Universität Marburg, gehen dieses Problem anhand eines zeitlich und räumlich weit gefaßten, zugleich aber klar begrenzten und relativ homogenen Untersuchungsfeldes an: der Geschichte der römischen Kaiserzeit einschließlich der Spätantike, gesehen aus der Perspektive der östlichen, griechischsprachigen Reichshälfte. Dabei ist die räumliche Schwerpunktsetzung primär pragmatischen Gründen geschuldet. Die zeitliche Eingrenzung auf den Zeitraum zwischen Augustus und Justinian dagegen erfolgt aus Gründen, die in der Natur der Sache liegen: Da während der Herrschaft des Augustus politische Strukturen entstanden, die bis ins 6. Jahrhundert hinein Bestand hatten – von allem anderen abgesehen, die Monarchie –, ist das *Imperium Romanum* für diachronische Analysen des Verhältnisses von Staatlichkeit und politischem Handeln besonders geeignet; keine andere politische Formation der europäischen Geschichte hat sich über einen so langen Zeitraum behauptet. Andererseits aber war die Geschichte der römischen Kaiserzeit von einem Wandel in den Formen der Staatlichkeit begleitet, dessen Tragweite und Eigenart kontrovers diskutiert werden: Zwar hat sich die Forschung inzwischen von der durch Theodor Mommsen kanonisierten Vorstellung verabschiedet, die Entwicklung des römischen Kaisertums zerfalle einerseits in die Periode des Prinzipats als konstitutioneller, im Rahmen der republikanischen Verfassung ausgeübter Monarchie und

3 Ich verwende die Begriffe „Staat“ und „Staatlichkeit“ im folgenden bewußt und ohne schlechtes Gewissen für die römische Kaiserzeit, auch wenn ich mir natürlich bewußt bin, daß das Wort „Staat“ erst mit der Entstehung der frühneuzeitlichen Staaten angekommen ist und sich daher mit spezifisch modernen Bedeutungen aufgeladen hat, die seine Verwendung im juristischen, politologischen und neuhistorischen Diskurs bestimmen (zur historischen Semantik vgl. W. Conze, Staat und Souveränität, *Geschichtliche Grundbegriffe* 6, 1990, 4-154). Wie U. Walter, Der Begriff des Staates in der griechischen und römischen Geschichte, in: Th. Hantos/G. A. Lehmann (Hgg.), *Althistorisches Kolloquium* aus Anlaß des 70. Geburtstages von Jochen Bleicken, Stuttgart 1998, 9-27 einleuchtend dargelegt hat, ist es nicht nur möglich, sondern auch sinnvoll, von Staat und Staatlichkeit in der griechisch-römischen Antike zu sprechen, wenn man sich einmal von der Vorstellung freigemacht hat, das Wesensmerkmal des Staates bestehe in seiner „Souveränität“ (wie Carl Schmitt, Staat als konkreter, an eine geschichtliche Epoche gebundener Begriff (1941), in: ders., *Verfassungsrechtliche Aufsätze aus den Jahren 1924-1954. Materialien zu einer Verfassungslehre*, Berlin 1958, 375-385) oder in der Verfügung über ein absolutes „Monopol legitimer physischer Gewaltausübung“ (wie Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1972, 822). Entscheidend ist vielmehr die Institutionalisierung, d. h. Versachlichung und Verstetigung, der Erfüllung von Gemeinschaftsaufgaben, weswegen es notwendig verschiedene Grade von „Staatlichkeit“ gibt.

der republikanischen Verfassung ausgeübter Monarchie und andererseits in die des aus dem Orient importierten Dominats als absoluter Monarchie. Gleichwohl hält auch die aktuelle Forschung daran fest, daß Staatlichkeit und politisches Handeln in der späten Kaiserzeit Formen annahmen, die sich in vieler Hinsicht von denen der früheren Kaiserzeit unterschieden. Dabei hat sich freilich der Blickwinkel, unter dem der römische Staat betrachtet wird, stark verschoben: Während Theodor Mommsen darauf ausging, das Wesen römischer Staatlichkeit von abstrakten Prinzipien und formalen Regeln her zu erfassen, richten neuere Untersuchungen ihr Augenmerk auf Veränderungen in Umfang und Art der Regierungstätigkeit einschließlich ihrer institutionellen Voraussetzungen.

Die althistorische Diskussion über Charakter und Form politischen Handelns in der römischen Kaiserzeit steht seit nunmehr fast 30 Jahren im Bann des 1977 erschienenen, bahnbrechenden und grundlegenden Werkes des Oxforders Althistorikers Fergus Millar „The Emperor in the Roman World“ (= ERW). Millar untersuchte die materiellen und personellen Grundlagen kaiserlicher Regierungstätigkeit, seine Residenzen und Reisen, seine Helfer und Berater, die Quellen seines Reichtums und die Formen, in denen er Entscheidungen kommunizierte, vor allem aber die Beziehungen zwischen dem Kaiser und seinen Untertanen und Untergebenen, seien es ritterliche oder senatorische Amtsträger, der Senat, Städte, Provinzialversammlungen, Vereine, Privatpersonen oder die christliche Kirche. An einer Fülle von Quellen versuchte er die These zu belegen, daß der Kaiser dann und nur dann aktiv geworden sei, wenn er zuvor dazu aufgefordert worden war, da ihm für eine planvoll gestaltende Politik sowohl die Mittel als auch der Wille gefehlt hätten.⁴ Da der Kaiser weder über hinreichend leistungsfähige Informationssysteme noch über einen zentralisierten und professionalisierten, hierarchisch gegliederten Verwaltungsapparat verfügt habe, sei seine Person nicht bloß das ideelle, sondern auch das faktisch handelnde Zentrum aller Regierungstätigkeit gewesen. Darum sei er vollauf damit beschäftigt gewesen, auf Anfragen und Eingaben, Beschwerden und Bitten zu reagieren, die von seinen Untertanen und Untergebenen mündlich oder schriftlich an ihn herangetragen wurden, zumal eine konstruktive Gesellschaftspolitik von ihm auch gar nicht erwartet worden sei. Vielmehr habe das Ideal des guten Herrschers lediglich verlangt, daß er als fürsorglicher Patron für die Sorgen und Nöte

4 F. Millar, *The Emperor in the Roman World* (31 BC – AD 337), London 1977, ²1992, 6: „It is the essential passivity of the role expected of the emperor both by himself and by others which explains the very limited and simple ‘governmental’ apparatus which he needed“.

seiner Untertanen stets ein offenes Ohr hatte, und tatsächlich hätten die Kaiser den Großteil ihrer Zeit damit zugebracht, konkrete Einzelfallentscheidungen zu treffen. Millar hat für diesen Regierungsstil, der sich auf situatives Reagieren beschränkt, die Formel „petition-and-response“ geprägt und an ihr auch im „Afterword“ zur zweiten Auflage von 1992 ausdrücklich festgehalten:

„ERW also embodies a positive assertion, that the model of ‚petition-and-response‘ was a general and characteristic feature of the way that ‚government‘ by emperors actually worked ... Whatever qualifications need to be made, I would still assert the validity of the basic proposition, that a considerable and significant range of the forms of decision-making by emperors did in fact conform to this model: for example, the receipt of embassies from cities or provincial councils; the answering of petitions (libelli) from private individuals; the hearing of cases between groups or individuals; and the answering of written consultations from office-holders, most notably provincial governors.“⁵

Millar hat freilich die Außen- und Militärpolitik bei seiner Betrachtung ausdrücklich ausgeklammert⁶ und für einzelne Herrscher, vor allem Augustus und Konstantin, partielle Ausnahmen von der Regel gelten lassen. Mit diesen Einschränkungen aber ist „petition-and-response“ für ihn nicht bloß ein heuristisches Modell, ein Idealtyp im Sinne Max Webers, sondern die gültige Beschreibung des Regierungsstils des römischen Kaisers. Die Möglichkeit, daß ein Kaiser selbst die politische Initiative ergreift und dabei planvoll gestaltend vorgeht, ist in diesem Modell nicht vorgesehen. In diesem Sinn ist Passivität das charakteristische Merkmal des römischen Kaisertums, wie Millar es versteht.

Millars Modell ist schon frühzeitig mit gewichtigen Gründen kritisiert worden. Als erster hat Jochen Bleicken⁷ grundsätzliche Kritik an Millars Konzeption geäußert. Bleicken stimmte Millar zwar darin zu, daß der Regierungsstil des römischen Kaisers kasuistisch gewesen sei, insofern Entscheidungen stets an Fällen getroffen worden seien, die „von unten“ an ihn he-

5 Millar, *Emperor*² (wie Anm. 4), 644-645.

6 Vgl. jedoch F. Millar, *Emperors, Frontiers, and Foreign Relations*, 31 B.C. to A.D. 378, *Britannia* 13, 1982, 1-23; auch in: ders., *Rome, the Greek World, and the East*, Bd. 2: *Government, Society, and Culture in the Roman Empire*, Chapel Hill – London 2004, 160-194.

7 Zu Leben und Werk Jochen Bleickens (1926–2005) vgl. jetzt die Nachrufe von H. Lepin, *HZ* 281, 2005, 826-833 und U. Walter, *Gnomon* 78, 2006, 90-95.

rangetragen worden seien. Er wandte jedoch ein, daß aus dem von Millar behaupteten Fehlen von allgemeinen, für alle Personen oder Personengruppen geltenden Gesetzen und aus dem Mangel an Systematik in den kaiserlichen Entscheidungen keineswegs auf Passivität und Konzeptionslosigkeit geschlossen werden dürfe. Gewiß habe das politische Handeln römischer Kaiser nicht unter dem Imperativ permanenter Innovation gestanden; es ließen sich jedoch durchaus rechtspolitische Grundsätze und auch konkrete politische Leitlinien erkennen, etwa was das Bürgerrecht, die materielle Versorgung und das Testierrecht der Soldaten angehe, aber auch in der Verleihung des Bürgerrechts an Peregrine, dem Bauernschutz, dem Verhältnis zu den zahllosen Kulte des *Imperium* und den Eingriffen in Belange der Städte:

„Die Regierungsarbeit erfolgte ... in aller Regel nicht aufgrund systematischer Analysen; sie beruhte nicht auf vorausschauender Planung. Dafür fehlten nicht nur die Mittel, sondern fehlte auch die Einsicht; denn niemals verließ man die sichere Basis der Tradition, in der das Richtige bereits gefunden zu sein schien ... So herrschte in der kaiserlichen Aktivität die Reaktion auf die Anfrage von unten vor. Doch sie sorgte durch die Kasuistik der Entscheidungen und dadurch, daß sich in der Zentrale ein Erfahrungsschatz für die Problematik vieler Bereiche schärfte und gewisse politische Leitlinien dann als Konsequenz der wiederholten Behandlung bewußt wurden, nicht nur für eine ständige Bearbeitung und Kontrolle gesellschaftlicher Probleme, sondern es wurde durch sie bei Bedarf die geltende Ordnung auch geändert bzw. erweitert und wurden neue Bereiche staatlicher Tätigkeit entdeckt“.

Nach Bleicken war diese Politik ebenso intensiv wie effektiv, weil die kaiserliche Zentrale, die er sich im Gegensatz zu Millar als funktional ausdifferenziert und komplex vorstellte, „über alles, was im Reich geschah, über Not und Unzufriedenheit, über menschliches Fehlverhalten und Treue, über neue Phänomene und den Wandel alter mit einem außergewöhnlich geringen Verwaltungsaufwand bestens unterrichtet gewesen“ sei.⁸

Während Bleicken bei aller Kritik doch darin mit Millar übereinstimmte, daß auch er annahm, der römische Kaiser habe regiert, ohne Regelungen allgemeinen Charakters zu erlassen, sondern stets fallbezogene Entscheidungen getroffen, und keine Bestrebungen zu planvoller Gestaltung entwickelt, haben andere Kritiker die Frage aufgeworfen, ob der Eindruck, die Aktivität

8 Jochen Bleicken, Zum Regierungsstil des römischen Kaisers. Eine Antwort auf Fergus Millar (Sbb. d. wiss. Gesellschaft an der Universität Frankfurt am Main, Bd. XVIII, Nr. 5), Wiesbaden 1982; auch in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 2, Stuttgart 1998, 843-875, hier: 36-37 = 874-875.

der Kaiser und ihrer Statthalter sei über ein situatives Reagieren nicht hinausgegangen, nicht zumindest teilweise einer überlieferungsbedingten Täuschung geschuldet ist. Nachdem bereits Werner Eck wiederholt darauf hingewiesen hatte,⁹ daß die epigraphische Überlieferung administrativer Dokumente keineswegs repräsentativ für den einstmals vorhandenen Bestand sein dürfte, weil ihre inschriftliche Aufzeichnung voraussetzte, daß sich interessierte Parteien davon einen Vorteil versprochen, hat vor kurzem Graham Burton für die Zeit von 14-235 n. Chr. in systematischer Untersuchung den Nachweis geführt, daß dieser Befund für die Gesamtheit der überlieferten Entscheidungen von Kaisern und Statthaltern verallgemeinert werden kann. Denn so wie die epigraphische spiegelt auch die juristische Überlieferung primär die Interessen derjenigen, die sie veranlaßten, in diesem Fall also einerseits die Interessen der Kompilatoren, die die Werke der klassischen Juristen vorwiegend severischer Zeit unter Justinian exzerpierten, und andererseits die der exzerpierten Juristen selbst. Normative Regelungen allgemeinen Charakters wie *mandata*, *leges provinciarum* und statthalterliche Provinzialedikte, aber auch fiskalische Dokumente hatten deshalb eine sehr geringe Überlieferungschance. Burton zieht aus diesem Befund die Schlußfolgerung, daß das Bild eines auf persönlicher Kommunikation mit den Untertanen beruhenden, reaktiven Regierungsstils zwar nicht völlig falsch, aber doch einseitig sei, insofern der römische Staat der hohen Kaiserzeit durchaus den Willen und die Fähigkeit besessen habe, „both to create normative regulations which were binding on its subjects and to extract from its subjects a continuous flow of surplus sources“.¹⁰ Jüngst hat Peter Eich diese Kritik auf breiter empirischer Grundlage erneuert und auf die Frage nach der Existenz eines bürokratisch organisierten Regierungsapparates zugespitzt. Auch Eich erhebt gegen Millar den methodischen Einwand, daß „eine Auflistung antiker Quellenstellen, die den Kaiser als rein rezeptives Organ ‚reagierend‘ zeigen, nicht als Beleg für die Operationalisierbarkeit des Idealtyps ‚petition-and-response‘ gelten kann“, weil ja unbestritten ist, daß „diese Form des Regierens ein integraler

9 W. Eck, Kaiserliches Handeln in italischen Städten, in: L'Italie d'Auguste à Dioclétien. Actes du colloque international, Rome 25-28 mars 1992, Rom 1994, 329-354; auch in: ders., Die Verwaltung des römischen Reiches in der hohen Kaiserzeit, Bd. 2, Basel – Berlin 1998, 297-320; ders., Administrative Dokumente und Mittel der Selbstdarstellung, ebd., 359-382; ders., Zur Einleitung. Römische Provinzialadministration und die Erkenntnismöglichkeiten der epigraphischen Überlieferung, in: W. Eck (Hg.), Lokale Autonomie und römische Ordnungsmacht in den kaiserzeitlichen Provinzen vom 1. bis 3. Jahrhundert (Schriften des Historischen Kollegs 42), München 1999, 1-15.

10 G. P. Burton, The Roman Imperial State (A. D. 14-235): Evidence and Reality, Chiron 32, 2002, 249-280.

Bestandteil der kaiserlichen Tätigkeit war“. Vielmehr sei angesichts der Tatsache, daß bereits die ersten Kaiser – im Gegensatz zu vielen frühmodernen Monarchen – auf ein funktionierendes System der Steuererhebung zurückgreifen konnten, der positive Nachweis zu erbringen, daß sich die Regierungstätigkeit des römischen Kaisers in Jurisdiktion erschöpft habe.¹¹ Eine Reihe von Indizien weise jedoch darauf hin, daß sich im Rahmen der prokuratorischen Ämter eine „personale Bürokratie“ herausgebildet habe, die einerseits nicht mehr aus der traditionellen Führungsschicht rekrutiert wurde und ganz auf den Kaiser ausgerichtet war, andererseits aber klar definierte Kompetenzhierarchien und eine ausgeprägte Tendenz zur Professionalisierung aufgewiesen habe. Diese „personale Bürokratie“ sei aus dem Bedürfnis nach effektiver Allokation von Ressourcen entstanden und in der außenpolitischen und militärischen Krise des 3. Jahrhunderts als Folge des aus der frühneuzeitlichen Geschichte Europas bekannten ‚extraction-coercion-cycle‘ zur vollen Entfaltung gekommen.

Trotz dieser begründeten Kritik hat sich Millars These in der Forschung über die frühe und hohe Kaiserzeit weitgehend durchgesetzt und erfreut sich namentlich in der angelsächsischen Forschung geradezu kanonischer Geltung. Nicht ohne Berechtigung schreiben daher Hannah Cotton und Guy Rogers im Vorwort zu Millars gesammelten Schriften über das römische Kaiserreich: „After more than twenty years of scholarly reaction, *The Emperor in the Roman World* is now the dominant scholarly model of how the Roman Empire worked in practice“.¹² In vielen Arbeiten wird die Gültigkeit des „petition-and-response“-Modells für die Zeit vor Diokletian ohne weiteres vorausgesetzt. So hat etwa 1996 Simon Corcoran Millars Ansatz auf die Epoche der Tetrarchie übertragen und anhand einer detaillierten Untersuchung der für diese Zeit besonders zahlreich überlieferten Reskripte, Episteln und Edikte zu zeigen versucht, daß die Regierungstätigkeit dieser Kaiser durch ein höheres Maß an spontaner Aktivität gekennzeichnet sei, als dies in der früheren Kaiserzeit der Fall gewesen sei. Neben dem Preisedikt und den Verfolgungsedikten zeige auch das Verschwimmen der Unterscheidung zwischen Episteln und Edikten, daß das Modell von „petition-and-response“ nicht mehr ausreiche, wenn es darum gehe, den Regierungsstil der Tetrarchen zu

11 P. Eich, Zur Metamorphose des politischen Systems in der römischen Kaiserzeit. Die Entstehung einer „personalen Bürokratie“ im langen dritten Jahrhundert (Klio. Beiträge zur Alten Geschichte. Beihefte N. F. 9), Berlin 2005, 78-80 (Zitat auf 80).

12 Millar, *Rome, the Greek World and the East II* (wie Anm. 6), vii.

beschreiben.¹³ John E. Lendon hat die Vorstellung, daß das innenpolitische Handeln des römischen Kaisers keinerlei Tendenz zu planvoller Gestaltung erkennen lasse, sogar noch radikalisiert, indem er seine Regierungstätigkeit auf einen durch militärische Gewalt abgesicherten Austausch von Ehre zwischen Kaiser und Untertanen reduziert. Einziges Ziel in diesem ständigen Tauziehen sei für alle Beteiligten die Steigerung der eigenen Ehre gewesen: „Roman Government did not imagine itself as a government in our sense. Its members imagined something more akin to a football league, a realm of glory, profit, and competition – and some administration“.¹⁴

Während also in der Forschung zur frühen und hohen Kaiserzeit nach wie vor die Vorstellung eines passiven Staates vorherrscht, der nur auf das Begehren von Untertanen oder Fragen von Beamten hin aktiv geworden sei, zeichnet die Forschung über das Kaisertum der Spätantike seit langem und vielfach bis heute ein ganz anderes Bild: Hier dominiert die Vorstellung einer sehr aktiven, weite Bereiche der Gesellschaft regulierenden Zentrale, und der spätrömische Staat gilt weithin als Organ eines politischen Willens, der danach strebte, alle Lebensbereiche seiner Kontrolle zu unterwerfen.¹⁵ Diese Vorstellung, die sich ursprünglich aus der liberalen Abneigung gegen den monarchischen Obrigkeitsstaat speiste, hat sich unter dem Eindruck totalitärer Systeme im deutschen Sprachraum zu dem Begriff des „Zwangsstaates“ verdichtet, der nach dem Zweiten Weltkrieg weite Verbreitung erlangte. Die in diesem Begriff enthaltene, auf der Verabsolutierung des liberalen Freiheitsbegriffs beruhende Insinuation, das spätrömische Reich sei mit Nationalsozialismus und Stalinismus in eine Reihe zu stellen, war damals vielen Historikern nicht unwillkommen, wenn dieser Vergleich auch niemals ausdrücklich gezogen wurde; zudem empfahl sich der Begriff auch deswegen,

13 S. Corcoran, *The Empire of the Tetrarchs: Imperial Pronouncements and Government, AD 284-324*, Oxford 1996, 202: „What this demonstrates is a shift in the direction of government. No longer it is just a matter of ‚petition and response‘, even though that itself may generate more than a single imperial document. Whatever may prompt a particular act of legislation, it is now issued in an active fashion“; vgl. 294-295: „although rescripts are present among the letters, there is an increasing tendency for unsolicited missives to be sent to officials. This is revealed in particular by the manner in which the distinction between letters and edicts is eroded, as differences in format become less and each may be circulated with near identical texts to promulgate a single act of general legislation“.

14 J. E. Lendon, *Empire of Honour. The Art of Government in the Roman Empire*, Oxford 1997, 236.

15 Zum Bild des spätrömischen Reiches in der modernen Historiographie seit der Renaissance vgl. allgemein S. D’Elia, *Il Basso Impero nella cultura moderna dal quattrocento ad oggi*, Neapel 1967 sowie A. Demandt, *Der Fall Roms. Die Auflösung des römischen Reiches im Urteil der Nachwelt*, München 1984.

weil er auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens angewendet werden konnte und damit geeignet war, den Eindruck zu vermeiden, man pflege eine einseitig auf die politischen Institutionen fixierte Betrachtungsweise.¹⁶

Die Zwangsstaatstheorie erlangte u. a. durch den einschlägigen, 1968 veröffentlichten Band der „Fischer-Weltgeschichte“ eine starke, bis heute anhaltende Breitenwirkung¹⁷ und hat sich auch in Fachkreisen lange behauptet; noch 1976 fand sie Eingang in das repräsentative „Handbuch der europäischen Geschichte“.¹⁸ Und als 1985 der Bielefelder Althistoriker Rolf Rilinger¹⁹ in der Zeitschrift des deutschen Geschichtslehrerverbandes auf die analytische Unschärfe und empirische Fragwürdigkeit des mit anachronistischen Assoziationen befrachteten Begriffes hinwies,²⁰ trat ihm in der Person von Alfred Heuß²¹ einer der angesehensten und einflußreichsten deutschen Althistoriker entgegen, der sich mit großer Vehemenz für die Auffassung aussprach, daß der spätrömische Staat als „Zwangsstaat“ zutreffend gekennzeichnet sei.²² Da Heuß indessen nur rekapitulierte, was um 1960 als Forschungsstand hatte gelten können, war seinen Argumenten keine große Resonanz mehr beschieden. Heute ist die Rede vom spätrömischen „Zwangsstaat“ aus dem öffentlichen Diskurs der Althistorie so gut wie völlig

16 Vgl. dazu R. Rilinger, Die Interpretation des späten Imperium Romanum als „Zwangsstaat“, GWU 36, 1985, 321-340, bes. 321-325; M. Meier, Das späte römische Kaiserreich ein „Zwangsstaat“? Anmerkungen zu einer Forschungskontroverse, Electrum 9, 2003, 193-213.

17 F. G. Maier, Die Verwandlung der Mittelmeerwelt, Frankfurt/Main 1968, 34-41; 87ff. Das Werk hatte sich bis 1992 über 75.000 Mal verkauft; die 13. Auflage ist nach wie vor lieferbar.

18 Th. Schieffer, Die spätantike Reichs- und Kultureinheit und ihre Krise, in: Th. Schieder (Hg.), Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 1: Europa im Wandel von der Antike zum Mittelalter, hgg. von Th. Schieffer, Stuttgart 1976, 51-93, hier: 72-76: „Der Zwangsstaat“.

19 Zu Leben und Werk Rolf Rilingers (1942–2003) vgl. den kurzen Nachruf von Aloys Winterling, Gnomon 76, 2004, 655.

20 Rilinger, GWU 36, 1985 (wie Anm. 16), 321-340.

21 Zu Leben und Werk Alfred Heuß' (1909–1995) vgl. einstweilen H.-J. Gehrke (Hg.), Alfred Heuß - Ansichten seines Lebenswerkes. Beiträge des Symposiums „Alte Geschichte und Universalgeschichte: Wissenschaftsgeschichtliche Aspekte und Historisch-Kritische Anmerkungen zum Lebenswerk von Alfred Heuß“, Göttingen, 16. und 17. Mai 1996, Stuttgart 1998 (dazu und zu Heuß' Verhalten im Dritten Reich vgl. S. Rebenich, HZ 271, 2000, 661-673).

22 A. Heuß, Das spätantike römische Reich kein „Zwangsstaat“? Von der Herkunft eines historischen Begriffs, GWU 37, 1986, 603-618; auch in: ders., Gesammelte Schriften in 3 Bänden, Bd. 2: Römische Geschichte, Stuttgart 1995, 1439-1454.

verschwunden.²³ Die Vorstellung indessen, der römische Staat der Spätantike habe weite Bereiche der Gesellschaft zu reglementieren und kontrollieren versucht, hat sich durchaus gehalten, und für sie scheint ja auf den ersten Blick bereits die Tatsache zu sprechen, daß uns mit dem „Codex Theodosianus“ und „Codex Justinianus“ umfangreiche Sammlungen der legislativen Aktivität spätrömischer Kaiser überliefert sind, die in der früheren Kaiserzeit keine Entsprechung haben.

In der Spezialforschung zur Geschichte des spätrömischen Reiches ist seit den 60er Jahren dagegen eine Neubewertung spätrömischer Staatlichkeit in Gang gekommen, die viele Aspekte seiner Aktivität in einem neuen Licht erscheinen läßt. Bereits 1964 hatte der an der Universität Cambridge lehrende Althistoriker A. H. M. Jones²⁴ eine systematische und detaillierte, ganz aus den Quellen geschöpfte Darstellung des spätrömischen Staates vorgelegt, die mit vielen, bis dahin weithin akzeptierten Vorstellungen gründlich aufräumte, auch wenn dies aufgrund des nüchtern-sachlichen Stiles und des prinzipiellen Verzichts auf die Auseinandersetzung mit den Ansichten anderer Forscher zunächst nicht überall erkannt wurde.²⁵ Während die ältere Forschung dazu geneigt hatte, sich bewußt oder unbewußt mit den städtischen Eliten zu identifizieren, sympathisierte Jones, der Mitglied der englischen Labour Party war, mit den Bauern und Handwerkern, die nur mit Mühe hätten aufbringen können, was der Fiskus ihnen abverlangt habe, und sah in Senatoren, Ratsherren und Klerikern vor allem „unnütze Esser“ (*idle mouths*), die Einkommen

23 Hier sei nur auf das im deutschsprachigen Raum maßgebliche Handbuch von A. Demant, *Die Spätantike. Römische Geschichte von Diocletian bis Justinian, 284-565 n. Chr.* (Handbuch der Altertumswissenschaft III 6), München 1989, 447f. u. ö. verwiesen. Bei dems., *Fall Roms* (wie Anm. 15), 584 findet sich das Diktum: „Der sogenannte spätrömische Zwangsstaat ist ein Wahngelbte von Forschern, die gesetzliche Bestimmungen mit historischen Tatsachen verwechseln“.

24 Eine adäquate Würdigung des Althistorikers A. H. M. Jones (1904–1970) ist ein Desiderat der Forschung, doch steht ein diesem Unterfangen gewidmeter Sammelband nach Auskunft von Stefan Rebenich kurz vor der Drucklegung: D. M. Gwynn (Hg.), A. H. M. Jones and the History of the Later Roman Empire. Vgl. einstweilen die Rezensionen des Hauptwerkes durch P. Brown (*EHR* 56, 1967, 327-343 = ders., *Religion and Society in the Age of Augustine*, London 1972, 46-73) und A. Momigliano (*The Oxford Magazine*, 4 March 1965, 264 = ders., *Quarto contributo alla storia degli studi classici e del mondo antico*, Rom 1969, 645-647) sowie den Nekrolog von J. M. Crook, *PBSA* 57, 1972, 425-438.

25 A. H. M. Jones, *The Later Roman Empire 284-602. A social, economic and administrative survey*, 3 Bde., Oxford 1964.

bezogen, ohne produktive Arbeit zu leisten.²⁶ Vor allem aber stellte Jones die Auffassung, staatlicher Zwang habe die spätrömische Gesellschaft kastenartig erstarren lassen, radikal in Frage; für ihn war die soziale Mobilität in der späten Kaiserzeit keineswegs geringer, sondern vielmehr größer als in den Jahrhunderten zuvor.²⁷

Voraussetzung und Grundlage dieser neuen Sichtweise war eine neue Deutung der juristischen Quellen. Während man die im „Codex Theodosianus“ und „Codex Justinianus“ gesammelten Kaiserkonstitutionen bis dahin als Beleg für eine tief in die Gesellschaft eindringende staatliche Kontrolle gewertet hatte, sah Jones in der großen Zahl von Regelungen, die sich auf denselben Sachbereich beziehen, vor allem einen Ausdruck der Tatsache, daß der spätrömische Staat seinen eigenen Gesetzen häufig nicht zur Durchsetzung verhelfen konnte.²⁸ Der spätrömische Staat war nach Jones zwar leidlich effektiv, wenn es darum ging, den inneren Frieden zu gewährleisten und Steuern zu erheben; er sei in Ermangelung eines leistungsfähigen Erzwingungsstabes jedoch außerstande gewesen, gesellschaftliche Prozesse zu steuern und darum regelmäßig gescheitert, wenn er es – wie in der Religions- und Städtepolitik – dennoch versucht habe.²⁹ Zugleich lieferte Jones nicht bloß erstmals eine konkrete Analyse der Faktoren, die auf die Entscheidungsbildung am Hof einwirkten, sondern ordnete die Genese und Motivation der spätrömischen Kaiserkonstitutionen in den Prozeß der Interaktion zwischen der kaiserlichen Zentrale einerseits und untergeordneten Instanzen und Personen andererseits ein: Jones stellte zwar nicht in Abrede, daß spätrömische Kaiser gelegentlich von sich aus Reformen einleiteten; in der großen Mehrzahl der Fälle seien sie jedoch von Funktionären und korporativen

26 Jones, *Later Roman Empire I* (wie Anm. 25), 557-562 (Senatoren); 755-757 (*curiales*); II, 808-812 (Bauern); 871f. (Handwerker und Händler); 933f. (Klerus); 1045-1047 („idle mouths“).

27 Jones, *Later Roman Empire II* (wie Anm. 25), 1050; ders., *The Caste-System in the Later Roman Empire*, *Eirene* 8, 1970, 79-96; auch in: ders., *The Roman Economy* (Hg. Von P.A. Brunt), Oxford 1974, 396-418.

28 Jones, *Later Roman Empire II* (wie Anm. 25), 1052: „The laws themselves, by their constant iteration of the same prohibitions and their frequent condonation of past offences, show how impossible it was without any police to enforce the rules“. Jones hat dem Handexemplar seines Aufsatzes über the „Caste-System in the Later Roman Empire“ am Ende den Satz hinzugefügt: „The flood of laws which endeavour to fix various categories of persons and their descendants in their occupations itself reveals the volume of the movement which they were intended to check and goes far to prove that they failed“ (ders., *The Roman Economy* [wie Anm. 27], 418).

29 Jones, *Later Roman Empire I* (wie Anm. 25), 366-410: „The Administration“, bes. 406ff.

Interessengruppen zum Eingreifen veranlaßt worden.³⁰ Jones hat Millars Ansatz damit in gewisser Weise vorweggenommen, ohne freilich das Reagieren zum allein bestimmenden Wesensmerkmal des Regierungsstils spätrömischer Kaiser zu erklären.

Während Jones und viele, die nach ihm kamen, vor allem die Fähigkeit des spätrömischen Staates bezweifelten, seinen politischen Willen tatsächlich durchzusetzen, kam parallel dazu eine rechtshistorische Diskussion in Gang, in welcher der normative Anspruch spätrömischer Kaiserkonstitutionen problematisiert wurde. Während die ältere Forschung diese Verfügungen als „Gesetze“ von zeitlich unbegrenzter und reichsweiter Geltung, den „Codex Theodosianus“ selbst folglich als Gesetzbuch von der Art des „Preußischen Landrechts“ verstand, hat sich unter Rechtshistorikern seit den 1950er Jahren die Einsicht durchgesetzt, daß die im „Codex Theodosianus“ enthaltenen Verfügungen nicht bloß häufig in Reaktion auf Anliegen entstanden, die an den Kaiser in Form von Anfragen, Vorschlägen, Petitionen oder Appellationen herangetragen wurden, sondern in der Regel auch nur für den Amtsbereich des Empfängers Geltung beanspruchten, womit einem zentralen Argument für die Zwangsstaatsthese der Boden entzogen wurde. Auch wenn die bahnbrechenden Beiträge des französischen Rechtshistorikers Jean Gaudemet³¹ in Deutschland erst mit einer gewissen Verzögerung rezipiert wurden – ein Rechtshistoriker vom Range Franz Wieackers vertrat bis in die 1970er Jahre hinein die Auffassung, abgesehen von den Reskripten hätten alle Rechtssetzungsakte spätrömischer Kaiser „als *leges generales* den Charakter einer allgemeinverbindlichen Rechtsetzung“³² gehabt –, dürfte dieser Para-

30 Jones, *Later Roman Empire I* (wie Anm. 25), 321–365: „The Government“, bes. 347ff.

31 J. Gaudemet, *Le partage législative dans la seconde moitié du IVe siècle*, in: *Studi in onore di Pietro De Francisci*, Bd. 2, Mailand 1954, 319–354; auch in: ders., *Études au droit romain*, Bd. 1: *Sources et théorie générale du droit*, Camerino 1979, 129–166; *Le partage législatif au Bas-Empire d'après un ouvrage récent*, SDHI 21, 1955, 319–331; auch in: ders., *Études I*, 167–212; *La formation du droit séculier et du droit de l'église au IVe et Ve siècle*, Paris 1957, 14ff. Zum romanistischen Wirken Gaudemets (1908–2001) vgl. den Nachruf von M. Humbert, ZRG.RA 119, 2002, 682–689.

32 F. Wieacker, *Recht und Gesellschaft in der Spätantike*, Stuttgart 1964, 58. Wieacker (1908–1994) war nicht zufällig auch einer der letzten Vertreter der „Zwangsstaatstheorie“, der noch 1974 erklärte: „Die Städte, deren wirtschaftliche Schwäche sich schon im 2. Jahrhundert ankündigt, wurden durch die Militäranarchie des 3. Jahrhunderts weiterhin zermürbt; die Verfestigung und Institutionalisierung des Ausbeutungssystems im absolutistischen Zwangsstaat hat dann ihre Autonomie wie ihre wirtschaftliche Bewegungsfreiheit endgültig erdrückt“ (*Die Krise der antiken Welt* [Vortragsreihe der Niedersächsischen Landesregierung. Heft 50], Göttingen 1974, 26f.). Zu Wieackers Leben und Werk vgl. den Nachruf von O. Behrends, ZRG.RA 112, 1995, XIII–LXII.

digmenwechsel in der Rechtsgeschichte heute so gut wie abgeschlossen sein,³³ während er in der Althistorie noch längst nicht allgemein vollzogen ist. Nicht zuletzt Malcolm Errington hat jedoch eindrucksvoll unter Beweis gestellt, welche Resultate eine konsequente Kontextualisierung spätrömischer „Gesetze“ für die politische Geschichte des 4. Jahrhunderts zu erbringen vermag.³⁴ Darum muß heute jede methodisch reflektierte Erörterung der Regierungstätigkeit spätrömischer Kaiser von der Erkenntnis ausgehen, daß spätrömische „Gesetze“ häufig einen eng begrenzten Geltungsbereich hatten. Damit aber hat sich die Beweislast für die Ansicht, daß der spätrömische Staat einen umfassenden Regulierungsanspruch erhoben habe, geradezu umgekehrt: Beim gegenwärtigen Diskussionsstand gilt es zu überprüfen, inwiefern und inwieweit die Regierungstätigkeit spätrömischer Kaiser über ein bloßes Reagieren auf situative Herausforderungen hinausging.³⁵

II.

Die Tatsache, daß in der Forschung zur Spätantike bis heute das Bild eines starken Staates mit umfassendem Regelungsanspruch anzutreffen ist, während in der Forschung zur früheren Kaiserzeit das Modell eines Kaisertums vorherrscht, das nur auf Begehren der Untertanen hin tätig wird, hat sicher mehrere Ursachen. Keinesfalls sollte man die Auswirkung der unerbittlich fortschreitenden Spezialisierung unterschätzen. Die Bearbeitung der gewaltigen Mengen an lateinischen und griechischen Inschriften und Papyri, die der Forschung zum Staat der frühen und hohen Kaiserzeit als wichtigste Quelle dienen, erfordert andere Techniken und Methoden als die Interpretation der für die späte Kaiserzeit grundlegenden Rechtsquellen und handschriftlich überlieferten Aktenstücke, und nur wenige können beanspruchen, sie alle gleichermaßen zu beherrschen. Dennoch wirkt in dieser Arbeitsteilung auch eine wissenschaftsgeschichtliche Tradition nach, die das spätrömische Reich

33 Zur Einführung in den aktuellen Diskussionsstand vgl. etwa J. Harries/I. Wood (Hgg.), *The Theodosian Code. Studies in the imperial law of late antiquity*, London 1993; J. Harries, *Law and Empire in Late Antiquity*, Cambridge 1999.

34 R. M. Errington, *Church and State in the First Years of Theodosius I*, *Chiron* 27, 1997, 21–72; ders., *Christian Accounts of the Religious Legislation of Theodosius I*, *Klio* 79, 1997, 398–443.

35 Einen wesentlichen, auch konzeptionell weiterführenden Beitrag zur Analyse spätrömischer Staatlichkeit leistet jetzt S. Schmidt-Hofner, *Kaiser und Gesetz. Der Regierungsstil des spätrömischen Kaisers im Spiegel des Codex Theodosianus: das Beispiel Valentinians I. (364–375 n. Chr.)*, Diss. Marburg 2005 (erscheint in der Reihe „Vestigia“).

als Bruch mit den Grundprinzipien römischer, ja überhaupt antiker Staatlichkeit verstand.

Diese Tradition soll im folgenden skizziert werden.³⁶ Die Auffassung, der römische Staat habe sich zwischen der hohen Kaiserzeit und der Spätantike grundlegend gewandelt, hat eine lange Geschichte. Im „Römischen Staatsrecht“ Theodor Mommsens, dessen erster Band im Jahr der preußisch-deutschen Reichsgründung (1871) erschien, wurde sie gewissermaßen kodifiziert und dadurch zu fast kanonischer Geltung erhoben.³⁷ Für Mommsen war die von Augustus begründete Staatsordnung, die wir als Prinzipat zu bezeichnen gewohnt sind, von dem durch Diokletian und Konstantin begründeten Staat der Spätantike, für den sich unter Mommsens Einfluß der Name Dominat eingebürgert hat,³⁸ durch eine tiefe Kluft getrennt. Momm-

36 Daß die folgenden Ausführungen den wissenschaftsgeschichtlichen Arbeiten Karl Christs sehr viel verdanken, bedarf wohl kaum der Hervorhebung, doch sei hier ein und für allemal auf sein grundlegendes Werk „Römische Geschichte und deutsche Geschichtswissenschaft“ (München 1982) verwiesen.

37 Th. Mommsen, Römisches Staatsrecht, 3 Bde., Leipzig 1871–1888, Bd. 1 & 2, Leipzig 1887. Die Hundertjahrfeier hat einen eigenen Sammelband zu Mommsens „Staatsrecht“ hervorgebracht: W. Nippel/B. Seidensticker (Hgg.), Theodor Mommsens langer Schatten. Das römische Staatsrecht als bleibende Herausforderung für die Forschung, Hildesheim u. a. 2005. Aus der älteren Literatur bleibt insbesondere A. Heuß, Theodor Mommsen und das 19. Jahrhundert, Kiel 1956, bes. 33ff. wertvoll. Vgl. auch E. Flaig, Volkssouveränität ohne Repräsentation. Zum „Römischen Staatsrecht“ von Theodor Mommsen, in: W. Küttler u. a. (Hgg.) Geschichtsdiskurs, Bd. 3: Die Epoche der Historisierung, Frankfurt/Main 1997, 321–339; K.-J. Hölkamp, Theodor Mommsens ‚Staatsrecht‘ und die römische Verfassung in Frankreich und Deutschland, in H. Bruhns u. a. (Hgg.), Die späte römische Republik. La fin de la republique romaine. Un débat franco-allemand d’histoire et d’historiographie, Paris 1997, 93–111; W. Nippel, Der „Antiquarische Bauplatz“. Theodor Mommsens Römisches Staatsrecht, in: J. Wiesehöfer (Hg.), Theodor Mommsen: Gelehrter, Politiker und Literat, Stuttgart 2005, 165–184.

38 Drei Beispiele mögen genügen: Die Darstellung der „Römischen Staatsaltertümer“ durch den Straßburger Althistoriker Karl Julius Neumann in: A. Gercke/E. Norden (Hgg.), Einleitung in die Altertumswissenschaft, Bd. 2, Leipzig 1914 ist für die Zeit nach Augustus in die Abschnitte „Prinzipat“ und Dominat“ gegliedert. Die Abhandlung von Otto Theodor Schulz, Vom Prinzipat zum Dominat. Das Wesen des römischen Kaisertums des dritten Jahrhunderts, Paderborn 1919 trägt das Begriffspaar im Titel. Ernst Hohl eröffnete die Behandlung der diokletianisch-konstantinischen Staatsordnung in der 1931 erschienenen „Propyläen-Weltgeschichte“ mit den Sätzen: „Diokletians Regierung macht staatsrechtlich Epoche. Denn dieser Kaiser hat die Monarchie im strengen Sinn, den reinen Absolutismus, endgültig aufgerichtet und die letzten Reste der augusteischen Verfassung beseitigt. An die Stelle des Prinzipates tritt das Dominat als diejenige Staatsform, die den Kaiser nicht mehr als den ersten der Bürger, sondern als den Herrn, den *dominus* der Untertanen, betrachtet“ (W. Goetz [Hg.], Propyläen-Weltgeschichte, Bd. 2: Hellas und

sen sah die Staatsordnung der Kaiserzeit als Fortsetzung der republikanischen Verfassung, deren Magistratur von Augustus lediglich um ein neues Oberamt, eben den Prinzipat, erweitert worden sei. Der Kaiser war für ihn darum ein Magistrat, der seine Vollmacht vom Senat erhält und sich die Herrschaft mit diesem teilt; diese Teilung der Herrschaft zwischen Princeps und Senat wurde von ihm als Dyarchie bezeichnet.³⁹ Mommsen wußte natürlich, daß der Princeps nicht an die für die Magistratur der Republik grundlegenden Prinzipien der Annuität und Collegialität gebunden war, und er gab sich auch keinerlei Illusionen darüber hin, daß die Art, wie er in sein „Amt“ gelangte, mit einem geregelten Verfahren nicht die entfernteste Ähnlichkeit aufwies;⁴⁰ darum räumte er ein, daß er nicht als Magistrat im republikanischen Sinne verstanden werden könne. Eben deshalb aber legte Mommsen großes Gewicht auf die Feststellung, daß der Kaiser sein Amt als „Ausfluss und Organ der Volkssouveränität“ und damit im Rahmen einer überpersönlichen Rechtsordnung ausgeübt habe: „Der Principat, wie Augustus ihn geordnet hat, ist der Anlage nach wesentlich Magistratur, und zwar nicht gleich der constituierenden eine über und ausser dem Gesetz stehende, sondern durch die Gesetze begrenzt und gebunden“.⁴¹ Der Kaiser der Spätantike dagegen übte nach Mommsen ein „unbedingtes und unbeschränktes Herrenrecht über die Personen wie über das Gut aller Unterthanen“ aus, weshalb

Rom. Das frühe Christentum, Berlin 1931, 433). Zu Leben und Werk Hohls (1886–1957) vgl. jetzt M. Sehlmeier/U. Walter, Unberührt von jedem Umbruch? Der Althistoriker Ernst Hohl zwischen Kaiserreich und früher DDR, Frankfurt/Main 2005.

39 Zu der Frage, ob sich Mommsens Theorem der Dyarchie als politischer Modus sozialer Integration zeitgemäß reformulieren läßt, vgl. jetzt A. Winterling, ‚Staat‘, ‚Gesellschaft‘ und politische Integration in der römischen Kaiserzeit, *Klio* 83, 2000, 93–122; dens., Dyarchie in der römischen Kaiserzeit. Vorschlag zur Wiederaufnahme der Diskussion, in: Nippel/Seidensticker, *Das römische Staatsrecht* (wie Anm. 37), 177–198.

40 Th. Mommsen, *Abriss des römischen Staatsrechts* (Systematisches Handbuch der Deutschen Rechtswissenschaft 1. Abt. 3. Teil), Leipzig 1893, 21907, 195: „Wohl wird dieses Imperium gedacht als hervorgehend aus dem Volkswillen; aber es drückt sich dabei aus nicht in der geordneten Form der Comitien, sondern das Volk wird hier repräsentiert sei es durch das Heer oder einen beliebigen Heertheil, sei es durch den Gemeinderath. Hiermit wird also jede Auflehnung gegen den derzeitigen Inhaber der Gewalt insoweit legalisiert, dass für die Rechts- vielmehr die Machtfrage eintritt ... Legitim ist jeder, der zum Augustus ausgerufen wird, wenn er auch nur vorübergehend zum Besitz der Macht gelangt ...“; vgl. dazu *Staatsrecht II* (wie Anm. 37), 1144: „Daß verglichen mit dieser die Anomalie zur Norm erhebenden und die Besetzung des höchsten Amtes durch Gewalt und Unrecht geradezu heraufbeschwörenden Institution jede, auch die verkehrteste Fixierung der Regierungsfolge ein Segen für das Gemeinwesen sein würde, ist an sich klar“.

41 Mommsen, *Abriss* (wie Anm. 40), 192.

das spätrömische Reich „überhaupt keine feste das Regiment selber bindende Ordnung“ gekannt habe.⁴² Dieser Übergang vom Principat hin zu einer absoluten Monarchie war nach Mommsen Ausdruck einer Orientalisierung des Kaisertums und spiegelte sich in der Entwicklung der Kaisertitulatur: „An dem terminologischen Übergang des *princeps* in den *dominus* läßt sich die innere Entwicklung der Monarchie vom Oberamt zum Herrenthum mit größter Genauigkeit messen und verfolgen“.⁴³ Diese Definition des spätrömischen Kaisertums darf freilich nicht als Aussage über den Regierungsstil des spätrömischen Kaisers mißverstanden werden. Mommsen hob ausdrücklich hervor, daß die Selbstregierung des Kaisers in der Spätantike anders als im Prinzipat nicht mehr strukturell notwendig gewesen sei: „Das neue Ministerregiment schliesst die heimliche Mitregierung amtloser und unverantwortlicher Individuen wenigstens einigermassen aus und nachdem die Reichskanzlerschaft und weiter die Reichsfeldherrnschaft constituirt ist, sind die eigene Kriegführung, die eigene Rechtsprechung, die eigene Staatsleitung des Monarchen wohl zulässig, aber nicht mehr nothwendig“.⁴⁴

Mommsens Epocheneinteilung war im deutschsprachigen Raum, aber keineswegs nur dort, ein langes Leben beschieden. Nicht etwa bloß der Mommsen-Schüler Otto Seeck, dessen „Geschichte des Untergangs der Alten Welt“ 1895 zu erscheinen begann, bediente sich ganz selbstverständlich dieser Periodisierung des römischen Kaisertums, auch wenn er Diocletians Reform als logische Konsequenz der früheren Zustände beurteilte.⁴⁵ Auch der seit 1902 als Professor of Modern History an der Universität Cambridge lehrende britische Gräzist, Althistoriker und Byzantinist John B. Bury⁴⁶ war Mommsens Kategorien zutiefst verpflichtet. Bury betonte zwar im Gefolge

42 Mommsen, Abriss (wie Anm. 40), 351.

43 Mommsen, Staatsrecht II³ (wie Anm. 37), 761.

44 Mommsen, Abriss (wie Anm. 40), 361.

45 O. Seeck, Geschichte des Untergangs der Alten Welt, 6 Bde., 1895ff., 1920–1922, Bd. 2, 8. Zu Otto Seeck (1850–1921) und seinem Hauptwerk vgl. H. Leppin, Ein „Spätling der Aufklärung“. Otto Seeck und der Untergang der antiken Welt, in: V. Losemann/P. Kneißl (Hgg.), Imperium Romanum. Studien zu Geschichte und Rezeption. Festschrift für Karl Christ zum 75. Geburtstag, Stuttgart 1998, 472–491; S. Rebenich, Otto Seeck, Theodor Mommsen und die „Römische Geschichte“, ebd., 582–587 sowie dessen Einleitung zum Neudruck der „Geschichte des Untergangs“, Darmstadt 2000.

46 Zu Leben und Werk John Bagnell Burys (1861–1927) vgl. die eingehende Würdigung durch Norman H. Baynes, A Bibliography of the Works of J. B. Bury with a Memoir, Cambridge 1929, 1–124 sowie H. Temperley, The Historical Ideas of J. B. Bury, in: J. B. Bury, Selected Essays, Cambridge 1930, xv–xxxii; G. Huxley, The Historical Scholarship of John Bagnell Bury, GRBS 17, 1974, 81–104.

Gibbons die Kontinuität staatlicher Entwicklung von Augustus bis zum Fall Konstantinopels im Jahre 1453;⁴⁷ zugleich aber sprach er in seiner „History of the Later Roman Empire“ (1923) davon, das römische Reich sei in den ersten Jahrhunderten nach Augustus „constitutionally a republic“ gewesen, und erst von Diokletian und Konstantin endgültig in eine „autocracy“ umgewandelt worden, die keiner irdischen Instanz mehr Rechenschaft geschuldet habe (aber doch durch den Respekt vor Tradition und Brauch beschränkt gewesen sei).⁴⁸ Und die seit 1923 erscheinende und 1939 abgeschlossene, renommierte „Cambridge Ancient History“ endete mit dem Beginn der Alleinherrschaft Konstantins des Großen; das spätrömische Reich wurde der „Cambridge Medieval History“ überlassen.⁴⁹

Besonders folgenschwer war, daß sich der bedeutendste Forscher, der in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf dem Gebiet der antiken Sozial- und Wirtschaftsgeschichte tätig war, der Exilrusse Michail I. Rostovtzeff,⁵⁰ in

47 So bereits J. B. Bury, *A History of the Later Roman Empire from Arcadius to Irene* (395 A. D. to 800 A. D.), London 1889, Bd. 1, v-ix. Bury besorgte eine aktualisierte Neuauflage von Gibbons „History of the Decline and Fall of the Roman Empire“ (7 Bde., London 1896–1900, New and Revised edition, London 1909).

48 J. B. Bury, *A History of the Later Roman Empire from the Death of Theodosius to the death of Justinian*, Bd. 1, London 1923, 5: „The Roman Empire was founded by Augustus, but for three centuries after its foundation the State was constitutionally a republic. The government was shared between the emperor and the Senate; the emperor, whose constitutional position was expressed by the title Princeps, was limited by the rights of the senate ... The republican disguise fell away completely before the end of the third century. Aurelian adopted external fashions which marked a king, not a citizen; and Diocletian and Constantine definitely transformed the State from a republic to an autocracy. This change, accompanied by corresponding radical reforms, was, from a purely constitutional point of view, as great a break with the past as the change wrought by Augustus, and the transition was as smooth.“ Vgl. auch dens., *The Constitution of the Later Roman Empire* (The Creighton Lecture, University College, London, November 12, 1909), Cambridge 1910; auch in: ders., *Selected Essays* (wie Anm. 48), 99–125, hier: 121: „the action of the Roman autocrat was limited by a tradition and usage which were felt by him and by the community to be absolutely binding“.

49 S. A. Cook u. a. (Hgg.), *The Cambridge Ancient History*, Vol. XII: *The Imperial Crisis and Recovery*, A.D. 193–324, Cambridge 1939; H. M. Gwatkin/J. P. Whitney u. a. (Hgg.), *The Cambridge Medieval History*, Vol. I: *The Christian Roman Empire and the Foundation of the Teutonic Kingdoms*, Cambridge 1911. Bury war an der Konzeption beider Werke beteiligt.

50 Zu Leben und Werk Michail Iwanowitsch Rostovtzeffs (1870–1952) vgl. neben dem aufschlußreichen Nekrolog von A. H. M. Jones, *PBSA* 38, 1952, 347–361 vor allem K. Christ, *Von Gibbon zu Rostovtzeff. Leben und Werk führender Althistoriker der Neuzeit*, Darmstadt 1972, 334–349; A. Momigliano, M. I. Rostovtzeff, *The Cambridge Journal* 7, 1954, 334–346 = ders., *Contributo alla storia degli studi classici e del mondo antico*,

seiner aufsehenerregenden „Social and Economic History of the Roman Empire“, die 1926 erschien und bald darauf auch ins Deutsche übersetzt wurde, der Auffassung Mommsens ausdrücklich anschloß, indem er der „aufgeklärten konstitutionellen Monarchie“ (enlightened constitutional monarchy) der früheren Kaiserzeit die „orientalische Zwingherrschaft“ (oriental despotism) der späteren Kaiserzeit gegenüberstellte: „Zum ersten Mal erhob sich jetzt das Kaisertum als ein festgefügtter Bau auf starker Grundlage, aber es verlor fast gänzlich, abgesehen von ein paar belanglosen Formeln, die letzten Überreste seines konstitutionellen Charakters als oberster Magistratur des römischen Volkes“.⁵¹ Vom römischen Staat der Spätantike zeichnete Rostovtzeff mit düsteren Farben ein höchst eindringliches Bild. Sein hervorstechendstes Merkmal war demnach die systematische und organisierte Anwendung von Zwang und Gewalt, wenngleich der Begriff Zwangsstaat, für den es in den anderen gängigen Wissenschaftssprachen Europas kein Äquivalent gibt, bei Rostovtzeff nicht vorkommt (auch nicht in der deutschen Übersetzung seines Werkes).⁵²

Der spätrömische Staat war für Rostovtzeff eine höchst effektive, zugleich aber korrupte Maschinerie zur Extraktion von Steuern, Abgaben und Dienstleistungen, die die städtische Selbstverwaltung beseitigt, die städtischen Eliten, Rostovtzeffs „bourgeoisie“, finanziell ruiniert und überhaupt jede private Initiative im Keim erstickt habe: „Über den Trümmern eines blühenden, wohlorganisierten Staatswesens, das die uralte klassische Kultur und die Selbstverwaltung der Städte zur Grundlage hatte“ erhob sich nach Rostovtzeff in der Spätantike ein Staat, „der sich auf allgemeiner Unwissenheit, auf Zwang und Gewalt, auf Versklavung und Knechtssinn, auf Bestech-

Rom 1955, 341-354; M. A. Wes, Michael Rostovtzeff, *Historian in Exile. Russian Roots in an American Context* (Historia. Einzelschriften 65), Stuttgart 1990; A. Marcone (Hg.), *Rostovtzeff e l'Italia*, Neapel 1999. Zur Kritik seiner Deutungskategorien bleibt grundlegend: M. Reinhold, *Historian of the Classic World: A Critique of Rostovtzeff*, *Science & Society* 10, 1946, 361-391 = ders., *Studies in Classical History and Society*, New York 2002, 82-100 + 132-137.

51 Rostovtzeffs Werk erschien 1926 in englischer Sprache (*The Social and Economic History of the Roman Empire*, 2 Bde., Oxford 1926, ²1957) und 1929 in deutscher Übersetzung, für die Lothar Wickert verantwortlich zeichnete: *Wirtschaft und Gesellschaft im Römischen Kaiserreich*, 2 Bde., Leipzig 1929. Das Zitat steht in der deutschen Übersetzung Bd. 2, 217.

52 Allerdings kommt die deutsche Übersetzung dem Begriff an einer Stelle recht nahe, wenn es heißt: „Im Sinne Diokletians war der Staat eine Zwangsanstalt, und Organisation bedeutete organisierte Gewalttätigkeit“ (II 229). Diese begriffliche Verdichtung fehlt jedoch im englischen Original: „In the mind of Diocletian the state meant compulsion“ (II 522). Vgl. auch Heuß, *GWU* 1986 (wie Anm. 17), 608-610.

lichkeit und Unehrenhaftigkeit aufbaute“. Dieser Staat war für ihn ein „Skavenstaat“, das römische Reich der Spätantike ein „riesiges Gefängnis für Millionen von Menschen“. ⁵³ Der Gegensatz zur früheren Kaiserzeit, in welcher das wohlthätige Regiment aufgeklärter Kaiser eine hohe Blüte städtischer Kultur ermöglicht habe, war in diesen hyperbolischen Formulierungen auf die Spitze getrieben. Dieses rhetorische Pathos wirkt heute unangemessen, war aber damals nicht unüblich ⁵⁴ und hat dem Werk darum auch keineswegs geschadet, im Gegenteil: Weil Rostovtzeff nicht wie Mommsen auf abstrakte Prinzipien rechtlicher Art abhob, sondern ein Gesamtbild der sozioökonomischen Verhältnisse zeichnete, wurde sein Werk vielfach als zeitgemäße Überwindung einer rein staatsrechtlichen Betrachtungsweise begrüßt. ⁵⁵

Allerdings gab es in den 1920er und 1930er Jahren auch gewichtige Stimmen, die sich gegen eine scharfe Trennung von „Prinzipat“ und „Dominat“ aussprachen. So vertrat schon 1928 Ernst Stein, damals Privatdozent der Alten Geschichte an der Universität Berlin, ⁵⁶ in seiner „Geschichte des spätrömischen Reiches“ die Auffassung, die byzantinische Geschichte sei die organische Fortsetzung der römischen, und schlug vor, den römischen Staat der Spätantike nicht als „Dominat“, sondern als „Präfecturenverfassung“ zu

53 Rostovtzeff, *Kaiserreich II* (wie Anm. 51), 237-238.

54 Der für seine Sachlichkeit geschätzte Ernst Hohl wurde ähnlich pathetisch, wenn es darum ging, den spätrömischen Staat zu charakterisieren: Goetz, *Propyläen-Weltgeschichte* (wie Anm. 38), 436. Hohl hatte zuvor eine enthusiastische Rezension von Rostovtzeffs Werk verfaßt: DLZ 48, 1927, 1209-1213; vgl. DLZ 53, 1932, 179-180 (zur deutschen Übersetzung).

55 Als ein Beispiel unter vielen sei hier Alfred Heuß genannt, dessen Bild der Spätantike Rostovtzeff stark verpflichtet ist, bis in einzelne Formulierungen hinein: A. Heuß, *Römische Geschichte*, Braunschweig 1960, 41976, 434ff.; vgl. auch 528: „Rostovtzeffs Schilderung ist vorläufig und wahrscheinlich auf lange Zeit hinaus der Ersatz für die erstrebte und ersehnte Geschichte der römischen Kaiserzeit“; ähnlich 547.

56 Das schicksalsschwere Leben und die von großen inneren Spannungen geprägte Persönlichkeit Ernst Steins (1891-1945) hat bei G. Fellner, Ludo Moritz Hartmann und die österreichische Geschichtswissenschaft. Grundzüge eines paradigmatischen Konflikts, Wien – Salzburg 1985, 289-297 eine einfühlsame Darstellung gefunden, die erstmals auch unpubliziertes Material berücksichtigt. Zeitgenössische Urteile über ihn und sein Werk finden sich bei J.-R. Palanque, *La vie et l'oeuvre d'Ernest Stein*, in: E. Stein, *Histoire du Bas-Empire*, Tome II: *De la disparition de l'empire d'Occident à la mort de Justinien*, Paris-Brüssel-Amsterdam 1949, VII-XXII (mit Bibliographie) und H.-I. Marrou, *Le Bas-Empire vue par un héritier de Mommsen*, JS 1964, 47-58 sowie in den Rezensionen des ersten Bandes seines Hauptwerkes durch N. H. Baynes, JRS 18, 1928, 217-227, E. Hohl, HZ 139, 1929, 580-582 und W. Ensslin, Gnomon 6, 1930, 496-505 und des zweiten durch A. Piganiol, JS 1950, 159-167 (= ders., *Scripta varia*, Bd. 3: *L'Empire* [Collection Latomus 133], Brüssel 1973, 377-384) und A. H. M. Jones, *Historia* 2, 1953/4, 352-359.

bezeichnen.⁵⁷ Stein wandte gegen Mommsen ein, daß zum einen das Prinzip der Volkssouveränität bis zum Ende des Byzantinischen Reiches Bestand gehabt habe und zum anderen die Machtfülle eines Hadrian oder Septimius Severus weder de facto noch de jure geringer gewesen sei als diejenige byzantinischer Kaiser. Auch die erbliche Bindung der Untertanen an ihren Beruf, insbesondere die der bäuerlichen Kleinpächter an ihre Scholle, sei durch die Gesetzgebung spätrömischer Kaiser lediglich juristisch festgeschrieben worden, habe aber faktisch vielfach bereits im 2. und 3. Jahrhundert bestanden. Die politische Leistung der Kaiser des 4. Jahrhunderts sah Stein „nicht so sehr in der Schöpfung von neuem als in der großartigen Ordnung von regellos entstandenem Alten zu einem System ... Dieses Systematische und Uniforme, das freilich nicht mit Starrheit verwechselt werden darf, da an dem durchgebildeten System im einzelnen fortwährend Änderungen vorgenommen wurden, unterscheidet am deutlichsten den byzantinischen Staat von dem des späteren Prinzipats“.⁵⁸

Während der deutsche Liberale Mommsen im spätrömischen Staat Willkür und Despotie verkörpert sah, brachte Stein, der in Wien Schüler des von der Zunft geächteten Sozialdemokraten Ludo Moritz Hartmann geworden war und zeitweilig selbst der (österreichischen) Sozialdemokratie angehörte,⁵⁹ beträchtliche Sympathien für ihn auf, ja er schrieb der von Diokletian geschaffenen Staatsordnung sogar einen „demokratischen Charakter“ zu, insofern sie den Senat entmachtet und einen mächtigen bürokratischen Apparat ausgebildet habe, „der nicht am wenigsten Werkzeug gegen aristokratische Tendenzen sein sollte, es im Osten auch dauernd gewesen ist und sich größ-

57 E. Stein, *Geschichte des spätrömischen Reiches*, Bd. 1: Vom spätrömischen zum byzantinischen Staat, Wien 1928, 178ff; vgl. dens., *Untersuchungen zur spätrömischen Verwaltungsgeschichte*, RhM 74, 1925, 347-394, hier: 379; auch in: ders., *Opera minora selecta*, Amsterdam 1968, 145-193, hier: 177: „...Präfektorenverfassung – so und nicht mit dem ganz schiefen Ausdruck ‚Dominat‘ ist die zwischen Prinzipat und Logothesen- und Themenverfassung liegende Phase innenpolitischer Entwicklung zu bezeichnen...“.

58 Stein, *Geschichte I* (wie Anm. 57), 1-2.

59 Für Leben und Werk Ludo Moritz Hartmanns (1865–1924) grundlegend ist die umfassende, auf archivalischen Quellen fußende Darstellung durch Fellner, Ludo Moritz Hartmann (wie Anm. 56); vgl. daneben auch W. Filla u. a. (Hgg.), *Ludo Moritz Hartmann. Der Wissenschaftler, Politiker und Volksbildner*, Wien 1992; V. Herholt, *Ludo Moritz Hartmann: Alte Geschichte zwischen Darwin, Marx und Mommsen*, Berlin 1999. Für das enge Verhältnis, das Stein mit Hartmann verband, ist der Nekrolog aufschlußreich, den er seinem Lehrer gewidmet hat: VSWG 18, 1925, 312-332. Stein scheint die Sozialdemokratische Partei Österreichs nach der Mitte der 1920er Jahre verlassen zu haben und konvertierte 1932 zum katholischen Glauben.

tenteils aus Niedriggeborenen zusammengesetzt hat“.⁶⁰ Denn für Stein fiel der bürokratisch organisierten Verwaltung des spätrömischen Reiches die Aufgabe zu, die „Staatsinteressen“ gegen die „Klasseninteressen“ der Senatsaristokratie durchzusetzen: „Das weströmische Reich ist daran zugrunde gegangen, daß es unter die Botmäßigkeit eines großgrundherrlichen Adels geraten war, der sich selbst gab, was des Staates war, so daß diesem die Machtmittel fehlten, deren er zum erfolgreichen Widerstand gegen den Ansturm der Germanen bedurft hätte ... In den Kernländern der partes Orientis aber hat es keinen solchen Adel gegeben; die Verwaltung wurde daher hier nicht zum Werkzeug einer bureaukratisch maskierten Standesherrschaft, sondern blieb die Hüterin der Staatsinteressen, und das ermöglichte die Rettung des oströmischen Reiches“.⁶¹

Während Stein sein Augenmerk vor allem auf den Verwaltungsaufbau des spätrömischen Staates richtete und die von Augustus begründete Monarchie noch ganz im Sinne Mommsens als Magistratur auffaßte,⁶² wandte sich Mitte der 1930er Jahre Andreas Alföldi, damals Professor an der Universität Budapest,⁶³ mit Verve gegen Mommsens Auffassung, die formelle Ausgestaltung des Kaisertums in der Spätantike sei dem Prinzipat wesensfremd und müsse daher aus dem Orient hergeleitet werden. In bis heute grundlegenden Studien zur „Monarchischen Repräsentation im römischen Kaiserreich“ wies er nach, daß die Überhöhung des Kaisers durch Ornat, Insignien und Zereemoniell und seine Erhebung in eine sakrale Sphäre keineswegs erst im 3. Jahrhundert einsetzte, sondern sich in einem langen Prozeß entwickelt hat,

60 Stein, *Geschichte I* (wie Anm. 57), 101; vgl. 342: „Die hohen Zivilämter der östlichen Reichshälfte ... werden seit der Mitte des V. Jahrhunderts nur noch äußerst selten von Personen vornehmer Herkunft bekleidet, vielmehr fast ausschließlich an Beamte vergeben, die sich in der subalternen Carrière ... ausgezeichnet haben; im untergehenden Westen dagegen sind die entsprechenden Ämter so gut wie völlig den italienischen und gallischen Großgrundbesitzerfamilien überantwortet, unter deren Mitgliedern sie von Hand zu Hand gehen. Während daher im Osten der bureaukratische Apparat bei aller Korruption doch wesentlich dem Staatsinteresse dienstbar blieb, konnten die Kaiser des Westens nicht verhindern, daß er hier je länger je mehr zum Werkzeug der Aristokratie herabsank, deren Klassenegoismus den Staat rücksichtslos ausbeutete“; 503-505 (vergeblicher Kampf Valentinians III. gegen die Senatsaristokratie); 511 (im Weströmischen Reich habe die einseitige Besteuerung der wirtschaftlich Schwachen „im Interesse der herrschenden Klasse“ diese und mit ihnen den Staat zugrunde gerichtet).

61 E. Stein, *Untersuchungen über das Officium der Prätorianerpräfektur seit Diokletian*, Wien 1922, ND Amsterdam 1962, 72f.

62 Stein, *Geschichte I* (wie Anm. 57), 46ff.

63 Zu Leben und Werk Andreas Alföldis (1895–1981) vgl. K. Christ, *Neue Profile der Alten Geschichte*, Darmstadt 1990, 8-62.

der bereits mit Caesar beginnt.⁶⁴ Alföldi deutete diesen Prozeß als Widerstreit zweier Prinzipien, die seit Beginn der Monarchie in Rom miteinander im Widerstreit gelegen hätten: einerseits die altrömisch-republikanische Tradition, andererseits der theokratische Absolutismus. In der Spätantike habe jedoch die emotionell-religiöse Grundlegung des Kaisertums endgültig den Sieg über die juristische davongetragen.

Für diese Entwicklung machte Alföldi „die Erbsünde einer jeden Bürokratie, den übertreibenden Kult der Formeln“, vor allem aber eine kulturelle Regression verantwortlich: „Augustus konnte sich noch auf kulturell hochstehende Gesellschaftsschichten stützen, denen er mit seiner einfachen Kleidung und Wohneinrichtung eine Achtung einzuflößen vermochte. Die Herrscher der Spätzeit mußten jedoch einer primitiven Menge imponieren und die Effekte ihrer Repräsentation auf deren Geschmack zuschneiden“.⁶⁵ Alföldi verwendete freilich die Begriffe Prinzipat und Dominat, deren Begründung er doch selbst untergraben hatte, unbekümmert weiter und faßte den römischen Staat der Spätantike als zentralisierten Beamtenstaat auf, in welchem dem Kaiser die politische Initiative zunehmend entglitten sei: „Aus der höchstgesteigerten Aktivität der Prinzipes der Frühzeit sinkt er stufenweise in die volle Passivität zurück, bis die *praefecti praetorio* die Zivilverwaltung und die *magistri militum* die Heeresleitung sich aneignen und die letzteren als Vizekaiser im Westen die Institution selbst ersticken“.⁶⁶

Stimmen wie diese blieben zunächst isoliert. Der Meinungsumschwung setzte in Deutschland erst nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ein. Sein Ausgangspunkt war die Absage an die Prinzipatsidee als politisches Leitbild,⁶⁷ die bei dem seit 1931 an der Universität Berlin leh-

64 A. Alföldi, Die Ausgestaltung des monarchischen Zeremoniells am römischen Kaiserhofe, MDAI (R) 49, 1934, 1-156; ders., Insignien und Tracht der römischen Kaiser, MDAI (R) 50, 1935, 1-171; gesammelt unter dem Titel: Die monarchische Repräsentation im römischen Kaiserreiche, Darmstadt 1970. Wichtige Ergänzungen, Differenzierungen und auch Korrekturen dazu jetzt bei F. Kolb, Herrscherideologie in der Spätantike, Berlin 2001.

65 Alföldi, MDAI (R) 50, 1935 (wie Anm. 64), 156 (= 274); vgl. auch 157 (= 274): „Man kann sich über die eiserne Konsequenz nicht genug wundern, mit der das Staatsgebäude des Dominates durchgeführt wurde. Und doch entstand es durch einen harten Zwang aus der Not der Zeit, bei dem Zurücksinken von der alten Kulturhöhe auf eine weit primitivere Stufe“.

66 Alföldi, MDAI (R) 50, 1935 (wie Anm. 64), 155 (= 273).

67 Dazu grundlegend I. Stahlmann, Imperator Caesar Augustus. Studien zur Geschichte des Prinzipatsverständnisses in der deutschen Altertumswissenschaft bis 1945, Darmstadt 1988.

renden, Adolf Hitler begeistert dienenden Althistoriker Wilhelm Weber⁶⁸ zu einer jeder Vernunft spottenden Verherrlichung angeblich übermenschlichen Führertums herabgesunken war. Man wollte nun keinen Führer mehr und begann, die propagandistische Legitimierung monarchischer Herrschaft mit Mißtrauen zu betrachten. Hier ist vor allem der Kölner Althistoriker Lothar Wickert⁶⁹ zu nennen, der nach 1945 in bewußter Wendung gegen die staatsrechtliche Betrachtungsweise Mommsens mit Nachdruck die Auffassung vertrat, die republikanischen Formen des augusteischen Prinzipats seien als bloße ideologische Verbrämung einer in Wahrheit absoluten Herrschaft zu betrachten,⁷⁰ und von daher dazu gelangte, in seinem großen RE-Artikel „Princeps“ (1954) die Periodisierung der römischen Kaiserzeit in Prinzipat und Dominat als sachlich unangemessen zu verwerfen.⁷¹

Dennoch fand Mommsens Position bis in die 1960er Jahre hinein die Unterstützung einflußreicher Fachvertreter. So erklärte noch 1963 der an der Universität Belgrad lehrende Byzantinist Georg Ostrogorsky⁷² im „Handbuch der Byzantinischen Geschichte“, der römische Prinzipat sei in der Krise des 3. Jahrhunderts untergegangen und durch den Dominat Diokletians abgelöst worden und formulierte ganz im Sinne Mommsens: „Das römische Magistratswesen räumt der byzantinischen Bürokratie das Feld. Das Kaisertum ist nicht mehr die oberste Magistratur, sondern eine despotische Gewalt“.⁷³ Und auch der Zürcher Althistoriker Ernst Meyer⁷⁴ machte sich die

68 Zu Leben und Werk Wilhelm Webers (1882–1948) vgl. neben der Darstellung bei Christ, *Deutsche Geschichtswissenschaft* (wie Anm. 36), 210ff. vor allem Stahlmann, *Imperator Caesar Augustus* (wie Anm. 67), 155–184. Webers „Princeps“ erschien 1936 in Berlin, war aber im Manuskript bereits 1930 abgeschlossen.

69 Zu Leben und Werk Lothar Wickerts (1900–1989) vgl. neben dem Nachruf von H. Kloft, *Gnomon* 62, 1990, 475–478 vor allem die Abhandlung von I. Stahlmann, *Von der Ideengeschichte zur Ideologiekritik. Lothar Wickerts Beitrag zum Verständnis des Augusteischen Principats* (AAWM 1991, Nr. 9), Stuttgart 1991.

70 Der ideologiekritische Ansatz findet sich bei Wickert zuerst in dem 1947 veröffentlichten Aufsatz „Horaz und Augustus“, *WJb* 2, 1947, 158–172.

71 L. Wickert, *Princeps*, RE XXII, 1954, 1998–2296, hier: 2134f.

72 Eine angemessene Würdigung des in St. Petersburg geborenen Byzantinisten Georg Ostrogorsky (1902–1976) liegt m. W. bislang nicht vor; vgl. einstweilen den Nachruf von H. Hunger, *Almanach der Österreichischen Akademie der Wissenschaften zu Wien* 127, 1977, 539–544.

73 G. Ostrogorsky, *Geschichte des byzantinischen Staates* (Handbuch der Altertumswissenschaft XII 1, 2), München 1940, 1963, 24f.

74 Zu Leben und Werk Ernst Meyers (1898–1975) vgl. K. Christ, Ernst Meyer (1898–1975), in: ders., *Römische Geschichte und Wissenschaftsgeschichte*, Bd. 3: *Wissenschaftsgeschichte*, Darmstadt 1983, 137–150.

Unterscheidung zwischen Prinzipat und Dominat im Sinne Mommsens in seiner 1968 erschienenen, mehrfach neu aufgelegten „Einführung in die antike Staatskunde“ uneingeschränkt zu eigen und bestritt folgerichtig jede Kontinuität zwischen dem römischen Staat der „Principatszeit“ und dem der Spätantike.⁷⁵

Inzwischen haben sich die Zeiten gründlich gewandelt. Die Erforschung der Spätantike hat in den letzten 30 Jahren einen gewaltigen Aufschwung genommen,⁷⁶ und Althistoriker in aller Welt betrachten diese Epoche ganz selbstverständlich als Teil des Gegenstandsbereiches ihrer eigenen Wissenschaft.⁷⁷ Das kommt schon rein äußerlich darin zum Ausdruck, daß die vor kurzem abgeschlossene zweite Auflage der „Cambridge Ancient History“ eben nicht mehr mit dem Jahr 324 endet, sondern der Spätantike zwei voluminöse Bände reserviert.⁷⁸ Mommsens Periodisierung kann heute als über-

75 E. Meyer, Einführung in die antike Staatskunde, Darmstadt 1968, 31975, 262f.: „Tatsächlich aber hatte dieser spätrömische Staat trotz allen Anspruchs, die ungebrochene Tradition zu bewahren, mit dem alten Rom kaum noch etwas zu tun. Er ruhte auf völlig neuen Grundlagen und vom eigentlichen Wesen des alten Rom war nichts mehr übrig. An die Stelle der geschichtlich gewachsenen und immer noch bewahrten Vielfalt der Verhältnisse in den Reichsteilen war die Gleichförmigkeit eines von oben bis unten gleichmäßig organisierten und verwalteten Staates unter der Herrschaft des Kaisers als des absoluten Herrn dieses Staates getreten ... Von irgendwelcher echter Selbstverwaltung, der Anteilnahme einer freien Bürgerschaft an den Staatsgeschäften, war nichts mehr übrig, alles wurde vom Kaiser und seiner Bürokratie regiert, alle Reichseinwohner ... waren Untertanen. Von einer *res publica*, die auch das römische Kaiserreich der Principatszeit trotz aller kaiserlichen Macht noch mit Recht zu sein behaupten durfte, konnte keine Rede mehr sein“; vgl. auch 282f.

76 Zur Entstehung des Konzepts „Spätantike“ zur Bezeichnung einer eigenständigen geschichtlichen Epoche vgl. neben R. Herzog, Einführung in die lateinische Literatur der Spätantike, in: ders./P. L. Schmidt (Hgg.), Handbuch der lateinischen Literatur der Antike, Bd. 5: Restauration und Erneuerung. Die lateinische Literatur von 284 bis 374 n. Chr. (Handbuch der Altertumswissenschaften VIII 5), München 1989, 1-44 jetzt auch die Bemerkungen von (J. H.) W. (G.) Liebeschuetz, *The Birth of Late Antiquity*, *AnTard* 12, 2004, 253-261; zu seinen Vor- und Nachteilen dens., *Late Antiquity and the Concept of Decline*, *NHM* 45, 2001, 1-11.

77 Eine repräsentative Zusammenfassung der angelsächsischen Forschung der letzten 30 Jahre enthält der von Glen W. Bowersock, Peter Brown und Oleg Grabar herausgegebene Band „Late Antiquity. A Guide to the Post-Classical World“ (Cambridge, Mass. – London 1999). Im frankophonen Bereich hat der Patristiker Henri Irénée Marrou (1904–1977) eine maßgebliche Rolle bei der Durchsetzung des Konzepts gespielt; vgl. dazu jetzt die ausführliche biographische Darstellung bei P. Riché, *Henri Irénée Marrou, historien engagée*, Paris 2003.

78 R. C. Blockley u. a. (Hgg.), *The Cambridge Ancient History. Second Edition, Vol. XIII: The Late Empire A.D. 337-425*, Cambridge 1997; Averil Cameron u. a. (Hgg.), *The*

holt gelten, insofern die Ansicht, der römische Kaiser sei in den ersten beiden Jahrhunderten lediglich der oberste Magistrat des römischen Volkes gewesen, aus der wissenschaftlichen Diskussion so gut wie völlig verschwunden ist.⁷⁹ Der Versuch, durch die Abstraktion rechtlicher Prinzipien das Wesen des römischen Staates zu bestimmen, gilt mittlerweile fast allgemein als Ausdruck eines überholten Wissenschaftsverständnisses. Als Jochen Bleicken sich 1978 der Mühe unterzog, das Begriffspaar Prinzipat vs. Dominat einer grundsätzlichen Kritik zu unterziehen, rannte er bereits offene Türen ein.⁸⁰

Bleicken zeigte auf, daß sich zwischen der früheren und der späteren Kaiserzeit keine grundsätzliche Veränderung der Herrschaftsauffassung vollzog. Der Gedanke, der Kaiser übe seine Herrschaft als *princeps* im Rahmen der traditionellen Rechtsordnung aus, hat für das römische Kaisertum zwar durchaus eine Rolle gespielt; seine Wirksamkeit beschränkte sich jedoch auf das Verhältnis des Kaisers zum Senat und verlor auch in diesem Rahmen nach dem Ende der julisch-claudischen Dynastie rasch an Bedeutung. Im Verhältnis des Kaisers zu anderen Bevölkerungsgruppen, vor allem zur Armee und zu den Provinzialen, waren von Anfang an andere Konzepte von Herrschaft bestimmend – der dynastische Gedanke und die sakrale Überhöhung der kaiserlichen Person –, die schon im Laufe des 2. Jahrhunderts die Oberhand gewinnen. Zwar kam die formelle Ausgestaltung und sakrale Überhöhung des Kaisertums im späten 3. Jahrhundert zu einem gewissen Abschluß, doch waren alle ihre Elemente in Ansätzen bereits früher vorhanden. Die Anrede als *dominus* etwa setzte sich schon früh durch und war in der Regel auch nicht negativ konnotiert. Umgekehrt haben auch die Kaiser der Spätantike wiederholt betont, daß sie sich an die Gesetze gebunden fühlten, also keineswegs beansprucht, willkürlich über das Recht verfügen zu können.⁸¹

Bleicken hat sich ausdrücklich gegen den Einwand verwahrt, er spreche jedem Versuch, die Geschichte der römischen Kaiserzeit zu periodisieren, von vornherein die Legitimität ab. Ihm ging es um den Nachweis, daß die Entwicklung des Kaisertums kein Kriterium für eine adäquate Periodisierung

Cambridge Ancient History. Second Edition, Vol. XIV: Late Antiquity: Empire and Successors, A.D. 425–600, Cambridge 2000.

79 Vgl. etwa Demandt, Spätantike (wie Anm. 23), 212f.; 229f.

80 J. Bleicken, Prinzipat und Dominat. Gedanken zur Periodisierung der römischen Kaiserzeit (Frankfurter Historische Vorträge. Heft 6), Wiesbaden 1978; auch in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 2, Stuttgart 1998, 817–842.

81 Vgl. dazu etwa J. Karayannopoulos, Der frühbyzantinische Kaiser, ByzZ 49, 1956, 369–384; auch in: H. Hunger (Hg.), Das byzantinische Herrscherbild (Wege der Forschung 341), Darmstadt 1975, 235–257.

der römischen Kaiserzeit liefern könne. Auch hier soll keineswegs der Auffassung das Wort geredet werden, die Entwicklung des römischen Staates zwischen Augustus bis Justinian gleiche einer Linie, die keinerlei Zäsuren aufweise.⁸² Der Verzicht auf die Epochenbegriffe Prinzipat und Dominat erlaubt es jedoch, die Entwicklung des römischen Staates unbeeinflusst von starren Epocheneinteilungen zu betrachten.⁸³ Zugleich enthält er die Aufforderung, den Formwandel römischer Staatlichkeit nicht an einem isolierten Kriterium festzumachen, sondern in allen seinen verschiedenen Manifestationen zu untersuchen, um Kontinuitäten und Diskontinuitäten genauer beschreiben zu können.

Dabei rückt beim gegenwärtigen Forschungsstand unvermeidlich die Frage in den Vordergrund, ob sich Form und Intensität staatlicher Regulierung zwischen früherer Kaiserzeit und Spätantike tatsächlich grundlegend gewandelt hat. Ein wesentlicher Aspekt dieser Frage ist diejenige nach der Ausbildung bürokratischer Strukturen. Wann entstanden sie und wie wirkten sie sich auf die Beziehungen zwischen Regierenden und Regierten aus? Hier

82 In der Alten und Mittelalterlichen Geschichte ist das Periodisierungsproblem vor allem in der Diskussion über den Übergang vom Altertum zum Mittelalter virulent geworden; vgl. dazu die Sammelbände von P. E. Hübinger (Hg.), *Zur Frage der Periodengrenze zwischen Altertum und Mittelalter (Wege der Forschung 51)*, Darmstadt 1969; ders. (Hg.), *Kulturbruch oder Kulturkontinuität im Übergang von der Antike zum Mittelalter (Wege der Forschung 201)*, Darmstadt 1968. Zur Definition von „Spätantike“ aus literaturwissenschaftlicher Sicht Herzog, *Einführung* (wie Anm. 76), 1-44. Die theoretischen Dimensionen und Probleme der Periodisierung und Epochengliederung beleuchtet am Beispiel des Epochenbegriffs „Neuzeit“ F. Jaeger, *Neuzeit als kulturelles Sinnkonzept*, in: ders./B. Liebsch (Hgg.), *Handbuch der Kulturwissenschaften*, Bd. 1: Grundlagen und Schlüsselbegriffe, Stuttgart – Weimar 2004, 506-531; zur Abgrenzung und Binnengliederung der Neuzeit vgl. auch S. Skalweit, *Der Beginn der Neuzeit. Epochengrenze und Epochenbegriff*, Darmstadt 1982. Epochenübergreifend sind dagegen die Sammelbände von R. Herzog/R. Koselleck (Hgg.), *Epochenschwelle und Epochenbewußtsein (Poetik und Hermeneutik 12)*, München 1987 (darin besonders R. Herzog, *Epochenerlebnis ‚Revolution‘ und Epochenbewußtsein ‚Spätantike‘ – zur Genese einer historischen Epoche bei Chateaubriand*, 195-220) und J. Kunisch (Hg.), *Spätzeit. Studien zu den Problemen eines historischen Epochenbegriffs (Historische Forschungen 42)*, Berlin 1990 (darin besonders A. Heuß, *Antike und Spätantike*, 27-90) angelegt. Einen knappen Überblick über die in den alttumswissenschaftlichen Disziplinen Alte Geschichte, Klassische Archäologie und Klassische Philologie geläufigen Epochenbegriffe vermittelt der dem Stichwort „Periodisierung“ gewidmete Artikel von A. Demandt, B. Bäßler und P. Kuhlmann in: *DNP* 13, 1999, 996-1015.

83 Daß Zusammenhänge, die sonst häufig übersehen werden, deutlich hervortreten, wenn man die Spätantike nicht von der hohen Kaiserzeit trennt, demonstriert jetzt D. S. Potter, *The Roman Empire at Bay, AD 180-395*, London – New York 2004.

ist einiges in Bewegung geraten, und ein neuer Konsens zeichnet sich noch nicht ab: Während etwa Peter Eich die Entstehung bürokratischer Strukturen ins 3. Jahrhundert datiert und damit eine über die traditionelle Epochengrenze hinausreichende Kontinuitätslinie zieht,⁸⁴ geht Christopher Kelly in seiner Monographie „Ruling the Later Roman Empire“ (2004)⁸⁵ erneut von einem schematisch gezeichneten Gegensatz zwischen hoher Kaiserzeit und Spätantike aus. Es wird zu überprüfen sein, ob das von ihm eindrucksvoll herausgearbeitete strukturelle Dilemma, vor das die Existenz einer zentralisierten Bürokratie den spätrömischen Kaiser stellte – einerseits Aufgaben delegieren und sich den formalisierten Regeln bürokratischer Herrschaftsausübung unterwerfen zu müssen, andererseits Bürokraten und Untertanen seine Allmacht spüren zu lassen – tatsächlich erst mit den Reformen Diokletians und Konstantins entstand.

III.

Auch wenn die in diesem Band versammelten Beiträge sich nicht zu einer systematischen Analyse des Problemfeldes „Staatlichkeit und politisches Handeln im römischen Kaiserreich“ summieren, können sie doch allesamt als Versuche gelesen werden, das Verhältnis von intentionalem Handeln und politischen Strukturen im Römischen Kaiserreich an konkreten Beispielen zu erhellen. Dabei steht in der Mehrzahl der Beiträge die Rolle des Kaisers im Zentrum, doch wird sie aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet: Während es in einigen Beiträgen stärker darum geht, konkrete Handlungsspielräume einzelner Kaiser, etwa Hadrians, des Clodius Albinus, Anthemius' oder Justinians, auszuloten, legen andere den Schwerpunkt auf die Frage, ob sich in bestimmten Bereichen kaiserlicher Tätigkeit, etwa dem der Städte, konstante Handlungsmuster beobachten lassen. Und natürlich geht es implizit oder explizit auch immer wieder um die Frage, ob, in welchem Umfang und in welcher Weise politisches Handeln strukturbildend wirkte. Unvermeidlich fällt der Blick dabei auch auf die Provinzstatthalter einerseits und auf die lokalen Gewalten andererseits, die in die kaiserliche Verwaltung eingebunden waren. Dieser Aspekt spielt in der modernen Debatte über den Formwandel römischer Staatlichkeit eine erhebliche Rolle, da in der Regel davon ausgegangen wird, daß sich diese lokalen Gewalten in der frühen und

84 Eich, *Metamorphose* (wie Anm. 11).

85 C. Kelly, *Ruling the Later Roman Empire*, Cambridge, Mass. – London 2004, bes. 186–231. Vgl. dazu meine Besprechung in der „Byzantinischen Zeitschrift“ (im Druck).

hohen Kaiserzeit eines weit größeren Handlungsspielraumes erfreuten als in der Spätantike.

Die ersten fünf Beiträge sind der früheren Kaiserzeit gewidmet. Kostas Buraselis setzt sich unter der programmatischen Überschrift „Zum hadrianischen Regierungsstil im griechischen Osten oder vom kaiserlichen Agieren und Reagieren“ explizit und direkt mit Fergus Millars Modell auseinander, indem er vier konkrete Maßnahmen Kaiser Hadrians auf ihre Genese und Intentionalität hin untersucht: Maßnahmen zur Entwässerung des Kopais-Beckens, Eingriffe in die Wirtschaft Athens, die Gründung der Stadt Antinoopolis in Ägypten und die Stiftung des *Panbellenion*. Buraselis kommt zu dem Ergebnis, daß das Modell von „petition-and-response“ in keinem dieser vier Fälle geeignet ist, das kaiserliche Handeln adäquat zu beschreiben: So lassen sich die von Hadrian angeordneten Maßnahmen zur Entwässerung des Kopais-Beckens keineswegs als bloße Umsetzung einer Initiative verstehen, die von einer einzigen Stadt an ihn herangetragen wurde, sondern zeugen vielmehr davon, daß der Kaiser über ein Konzept verfügte, das die Interessen aller Anrainer berücksichtigte. Auch Hadrians Regulierung des Fischverkaufs in Eleusis bildete nach Buraselis bloß einen Teil eines umfassenderen Pakets von Maßnahmen, die der Sanierung des Handelslebens Athens dienten. Denn das sogenannte Ölgesetz, mit dem Hadrian die Produktion und den Export attischen Öls der Kontrolle städtischer Behörden unterstellte, sei von Hadrian eben deswegen erlassen worden, weil die Stadt selbst nicht in der Lage gewesen sei, ein Gesetz zu verabschieden, das gegen die Interessen eines wirtschaftlich potenten Teils der Bürgerschaft verstieß; folglich könne das Ölgesetz nicht als mechanische Reaktion auf eine städtische Initiative gedeutet werden, auch wenn der Kaiser möglicherweise durch einzelne Magistrate Athens auf das Problem der schlechten Versorgung mit preiswertem und qualitativ hochwertigem Olivenöl aufmerksam gemacht wurde. Ganz eindeutig um eine kaiserliche Initiative handelt es sich drittens bei der Gründung von Antinoopolis, dessen rechtliche Privilegierung in keiner Weise als Umsetzung lokaler Wünsche und Bestrebungen gedeutet werden kann. Die Verfassung dieser Stadt wurde offenkundig nach Vorstellungen Hadrians gestaltet. In der Frage schließlich, ob die Gründung der auf den Namen *Panbellenion* getauften kulturell-religiösen Vereinigung griechischer Städte auf einen Plan zurückgeht, der von Vertretern dieser Städte gefaßt und von Hadrian lediglich umgesetzt wurde, oder ob der Kaiser nicht vielmehr die treibende Kraft hinter diesem Projekt war, argumentiert Buraselis auf der Grundlage einer neuen Inschrift, in der die Initiative zu diesem Projekt eindeutig Hadrian zugeschrieben wird, für die Annahme, daß Hadrian das *Panbellenion* ins Leben rief, weil er damit den Zusammenhalt unter den griechi-

schen Städten und deren Loyalität gegenüber seiner eigenen Person fördern wollte. Auch in diesem Fall also wurde das kaiserliche Handeln keineswegs durch Vorstellungen determiniert, die ihm von anderen nahegebracht worden waren.

Matthäus Heil nähert sich dem Problem, welche Rolle der Kaiser in der römischen Welt spielte, indem er einen Bürgerkrieg, oder besser, eine Folge von zeitlich rasch aufeinander folgenden Bürgerkriegen unter die Lupe nimmt („Clodius Albinus und der Bürgerkrieg von 197“). Am Beispiel der Nachfolgekrise, die das römische Reich nach der Ermordung des Commodus in den Jahren 193–197 erschütterte, macht er nicht bloß deutlich, daß das Fehlen verbindlicher Regeln über die Bestellung von Kaisern fast unvermeidlich Situationen herbeiführte, in denen mehrere Thronprätendenten mit militärischen Mitteln ihre Ansprüche durchzusetzen versuchten, was ja bereits Mommsen klar ausgesprochen hat, ohne deswegen freilich seine Auffassung, der Prinzipat sei als Magistratur aufzufassen, aufzugeben. Heil geht es um mehr: Er möchte zeigen, daß das Kaisertum aufgrund seiner mangelnden rechtlichen Fixierung immer wieder neu definiert werden konnte und mußte und eben deshalb offen für Veränderungen war. Denn nicht nur waren die Kaiser Personen mit sehr unterschiedlichen Neigungen und Fähigkeiten, sie mußten auch auf soziale Kräfte Rücksicht nehmen, die weder homogen noch statisch waren. Heil stellt also die Einheitlichkeit des Kaisertums grundsätzlich in Frage und betont demgegenüber die Priorität von Personen und Umständen. Da die beiden Kontrahenten der Schlacht von Lyon 197, Clodius Albinus und Septimus Severus, sich nur wenige Jahre zuvor auf eine gemeinsame Herrschaft geeinigt hatten, wobei freilich Albinus sich mit dem Titel eines Caesar begnügen mußte, wirft dieser Konflikt die Frage auf, weshalb die ursprüngliche Übereinkunft keinen Bestand hatte. Nach Heil war diese Übereinkunft auf beiden Seiten mehr als ein bloß taktisches Zweckbündnis auf Zeit, aber zugleich notwendig instabil, weil Albinus andere Vorstellungen über seine Rolle als Caesar gehabt habe als Severus: Für den einen habe dieser Titel die gleichberechtigte Mitherrschaft, wenngleich mit einem Ehrenvorsprung des Augustus, bedeutet, für den anderen lediglich die Anwartschaft auf die Nachfolge. Darum sei der Konflikt erst eskaliert, als Albinus sich in die Rolle, die Severus für ihn vorgesehen hatte, nicht fügen wollte, und auf voller Gleichberechtigung mit Severus bestanden habe. Diese Deutung, derzufolge zunächst weder Albinus noch Severus zielstrebig auf einen Bürgerkrieg hinarbeiteten, beruht auf einer revidierten Chronologie der Erhebung von Iulia Domna zur *mater castrorum* und von Bassianus zum Caesar: Nach Heil fallen diese Ereignisse nicht, wie die Forschung bislang annahm, in das Jahr 195, sondern in das Frühjahr 196 und sind als Reaktion auf

eine freilich nicht näher zu bestimmende Handlung des Albinus zu deuten, die Severus als Provokation auffaßte.

Andrea Jördens unternimmt in ihrem Beitrag „Zum Regierungsstil des römischen Statthalters – das Beispiel des *praefectus Aegypti*“ den Versuch, anhand der reichen, von ihr erstmals systematisch ausgewerteten Überlieferung aus Ägypten Aufschlüsse über Form und Selbstverständnis von Herrschaft und Regierung zu gewinnen, die in ihrer Bedeutung über die Provinz *Aegyptus* hinausreichen und für das ganze Reich Gültigkeit beanspruchen können. Die Grundlage ihrer Überlegungen bilden die ganz überwiegend auf Papyrus überlieferten Edikte und Rundschreiben des *praefectus Aegypti*, die sie unter dem Gesichtspunkt analysiert, wie dessen Handeln motiviert wird. Dabei steht die Frage im Vordergrund, ob sich bestimmte Prinzipien beobachten lassen, an denen der Statthalter sein Verhalten zu orientieren pflegte. Als Ausgangspunkt dienen zwei Texte, die besonders ausführliche Aussagen zur Motivation enthalten: ein Erlaß des Präfekten M. Sempronius Liberalis aus dem Jahre 156, den Jördens vor wenigen Jahren selbst ediert hat, und das seit langem bekannte Edikt des Ti. Iulius Alexander aus dem Jahre 68. Jördens zeigt auf, daß sich der Statthalter als „Garant von Sicherheit, Frieden, Ordnung und Gerechtigkeit“ (94) darstellte, und betont, daß er für die Provinzialen stets ein offenes Ohr gehabt habe und um ihre wohlverstandenen Interessen besorgt gewesen sei, woraus hervorgehe „daß die Provinzialen hier eben nicht mehr primär als Unterworfenen und damit bloße Rechtsobjekte, sondern zunehmend als eigenständige Rechtssubjekte mit berechtigten Interessen wahrgenommen“ (96) worden seien. Das Prinzip statthalterlichen Handelns erkennt Jördens demgemäß in der „vorausschauenden Fürsorge“ (πρόνοια), die sich konkret im Bemühen um „Ruhe, Ordnung, Sicherheit, Gerechtigkeit und Frieden“ (100) geäußert habe und vor allem auf den Feldern der Landwirtschaft und der Rechtsordnung zur Anwendung gekommen sei. Diese „vorausschauende Fürsorge“ habe sich indessen keineswegs in bloßem Reagieren auf Klagen oder Anregungen erschöpft, sondern auch die Bereitschaft und Fähigkeit umfaßt, von sich aus tätig zu werden, um weit-sichtige und planvolle Lösungen für Probleme finden zu können. Jördens argumentiert, daß in dieser Hinsicht von einer Sonderstellung Ägyptens und seines Statthalters kaum die Rede sein könne; so beschränkte sich die kaiserliche Rechtsetzung im Bereich der Landwirtschaft keineswegs auf Ägypten und statthalterliche Maßnahmen etwa zur Normierung des Requisitionswe-sens und des Rechtsverkehrs sind auch außerhalb Ägyptens bezeugt. Das Vorbild des Kaisers war nach Jördens für alle Statthalter gleichermaßen verbindlich, und die patronale Fürsorge ein integraler Bestandteil des statthalterlichen Selbstverständnisses schlechthin.

Christian Marek legt seinen Überlegungen zur Zollorganisation des kaiserzeitlichen Lykien („Stadt, Bund und Reich in der Zollorganisation des kaiserzeitlichen Lykien. Eine neue Interpretation der Zollinschrift von Kaunos“) inschriftliche Zeugnisse zugrunde, eine Inschrift aus Myra, die seit 1975 bekannt ist, und eine aus Kaunos, die 1954 erstmals veröffentlicht wurde. Der innere Zusammenhang der beiden Texte wurde bislang nicht erkannt, weil die Forschung den kaunischen Text als städtisches Zollgesetz deutete, während der in Myra aufgezeichnete Statthalterbrief unzweifelhaft auf eine Regelung Bezug nimmt, die die Zollhoheit der Stadt gegen diejenige des Bundes abgrenzt. Marek, der die Inschrift aus Kaunos einer gründlichen Neuaufnahme unterzogen hat, kann jedoch nachweisen, daß das bislang vorherrschende Verständnis dieses Textes auf falschen Voraussetzungen beruht: Es handelt sich nicht um ein städtisches Zollgesetz, sondern um ein ganzes Dossier von Urkunden über eine private Stiftung zweier Kaunier, die den Einnahmefall ausgleichen sollte, der der Stadt durch eine (lokale) Befreiung des Handels vom Einfuhrzoll entstand. Da Kaunos, wie die Entzifferung des Anfangs der Inschrift ergeben hat, zu der Zeit, als die Stiftung errichtet wurde (unter Hadrian), ebenso zur Provinz *Lycia* gehörte wie Myra, nimmt Marek an, daß das Zollgesetz (*Demosionikos Nomos*), auf das in beiden Texten Bezug genommen wird, ein römisches Zollgesetz war, das für die Provinz *Lycia* insgesamt Geltung besaß. Seine Neuinterpretation des kaunischen Textes bestätigt in den Grundzügen das Bild, das Michael Wörle bei der Erstpublikation des Statthalterbriefes aus Myra gezeichnet hatte: Die Zollorganisation des kaiserzeitlichen Lykien war demnach dadurch gekennzeichnet, daß der Einfuhrzoll von den Städten selbst (und zwar durch Pächter) verwaltet wurde, die jedoch einen Pauschbetrag an die Bundeskasse abführten, während der Ausfuhrzoll von Pächtern erhoben wurde, die im Namen und Auftrag des Bundes agierten. Diese zweigeteilte, wohl bereits in hellenistischer Zeit entstandene Organisation erlaubte es dem Kaiser, in der Provinz *Lycia* auf die Einrichtung einer separaten Verwaltung zur Erhebung eines Reichszolls zu verzichten; er konnte sich damit begnügen, einen Anteil aus den Zolleinnahmen des Bundes abzuschöpfen. Marek kontrastiert dieses System mit demjenigen, das im Zollgesetz der Provinz *Asia* belegt zu sein scheint: Dort erhob der Kaiser durch eigene Pächter, die in einem Ring von Zollstationen an der Westküste Kleinasien postiert waren, einen Reichszoll auf die Ein- und Ausfuhr von Waren. In zwei unmittelbar aneinander grenzenden Provinzen bestanden demnach zur selben Zeit völlig verschieden strukturierte Systeme der Zollerhebung.

Kai Ruffing schließlich geht am Beispiel der *Emporia* der Frage nach, ob die Städte des römischen Kleinasien so etwas wie eine Wirtschaftspolitik

betrieben („Städtische Wirtschaftspolitik im hellenistisch-römischen Kleinasien? Zur Funktion der *Emporia*“). Zu diesem Zweck gibt er zunächst einen umfassenden Überblick über die epigraphische Dokumentation des Phänomens, soweit es in Kleinasien anzutreffen ist. Dabei bestätigt sich die schon von Louis Robert gemachte Beobachtung, daß *Emporia* überwiegend in den spät hellenisierten Landschaften des nördlichen Kleinasien anzutreffen sind; die meisten Belege stammen aus Bithynien(-Pontos) und Mysien. Da es indessen auch einige wenige Belege aus dem südlichen Kleinasien gibt, ist Ruffing geneigt, in den *Emporia* „nicht nur ein auf das nördliche Kleinasien (und Thrakien) beschränktes Phänomen zu sehen, sondern es für einen in Asia Minor gängigen Typus nichtstädtischer Siedlungen zu halten“ (135). Die innere Verfassung und Rechtsstellung der *Emporia* weist viele Parallelen zu den *Komai* auf: In beiden Fällen handelt es sich um abhängige Siedlungen, die über eigene Ämter, eigene Einkünfte und eine eigene Gemarkung verfügten. Im Gegensatz zu den *Komai* stammten die Vorsteher der *Emporia* jedoch meist aus der Honoratiorenschicht jener Stadt, zu der sie gehörten. Aus siedlungsgeographischer Sicht lassen sich zwei Typen von *Emporia* unterscheiden: einerseits das *Emporion* als Hafensiedlung, andererseits das binnenländische *Emporion*. Beiden ist nach Ruffing jedoch gemeinsam, daß sie eine wirtschaftliche Funktion für eine Stadt erfüllten, was sie wiederum von den *Komai* unterscheidet: Während die als Hafenorte anzusprechenden *Emporia* der Konzentration des Warenverkehrs über See und damit seiner effizienten Kontrolle und Verzollung gedient hätten, habe die wirtschaftliche Funktion der binnenländischen *Emporia* darin bestanden, den Warenaustausch sowohl zwischen der Landbevölkerung („Horizontaler Handel“) als auch zwischen Stadtterritorium und städtischem Zentrum („Vertikaler Handel“) zu ermöglichen. Ruffing geht davon aus, daß die kleinasiatischen *Emporia* anders als das thrakische *Emporion* Pizos, das nachweislich auf Veranlassung des Kaisers gegründet wurde, von den Städten geschaffen und betrieben wurden, da sich Kleinasien durch seinen höheren Urbanisierungsgrad grundlegend von Thrakien unterschieden habe. Für die Städte seien die *Emporia* ein bewußt eingesetztes Mittel gewesen, ihre Einnahmen zu steigern und ihre Versorgung mit Gütern zu verbessern. Darum zeugten die kleinasiatischen *Emporia* von einem bewußten Gestaltungswillen der Städte auf dem Gebiet der Wirtschaft, und insofern könne man durchaus von „städtischer Wirtschaftspolitik“ sprechen.

IV.

Noch einmal fünf Beiträge sind dem spätrömischen Kaisertum gewidmet. Auch sie sollen kurz vorgestellt werden.

Im Mittelpunkt des Beitrags von Martin Dreher „Die Ursprünge des Kirchenasyls und die Gesetzgebung Theodosius' II.“ steht die Frage, welche Rolle der spätrömische Staat bei der Entwicklung des Kirchenasyls spielte. Der älteren Forschung zufolge entwickelte sich das Kirchenasyl aus einer Gewohnheit zu einer allgemein anerkannten Sitte, die auch der Kaiser stillschweigend anerkannt habe, weil es in dieser Frage keine grundsätzlichen Differenzen zur Kirche gegeben habe; eine prinzipiell gesetzliche Normierung sei jedoch niemals erfolgt. Dagegen hat Hans Langenfeld die These vertreten, daß Theodosius II. im Jahre 431 dem Kirchenasyl eine allgemeingültige rechtliche Grundlage verschafft habe; dabei stützt er sich auf eine Konstitution, die nicht bloß auszugsweise im „Codex Theodosianus“ (9, 45, 4), sondern in den „Akten“ des Konzils von Chalkedon auch vollständig, wenngleich lediglich in griechischer Übersetzung überliefert ist. Dreher führt die Überlegungen Langenfelds weiter, indem er untersucht, wie sich die kirchliche Position in der „Asylfrage“ zu derjenigen des Kaisers denn nun genau verhielt.

Ausgangspunkt seiner Überlegungen bildet die erwähnte Konstitution, die er noch einmal eingehend auf ihre Motivation und Genese hin analysiert. Dabei arbeitet er heraus, daß Theodosius II. das Kirchenasyl ausdrücklich als Fortsetzung vor-christlicher Traditionen darstellt. Dreher kontrastiert dann den seit Mitte des vierten Jahrhunderts faßbaren Aufstieg des Kirchenasyls als kirchlicher Sitte mit dem korrespondierenden Niedergang der Schutzfunktion heidnischer Heiligtümer, der freilich in den Quellen schwer zu greifen ist. Daß der kirchliche Diskurs über das Asylrecht sich vom kaiserlichen signifikant unterschied, verdeutlicht Dreher anhand des „Gottesstaates“ Augustins. Während nämlich Theodosius II. das Kirchenasyl als Fortsetzung vor-christlicher Traditionen darstellt und jede transzendente Begründung vermeidet, bestreitet der Kirchenvater gerade, daß ein Tempelasyl vor Alarichs Eroberung Roms jemals respektiert worden sei, und führt die Verschonung römischer Kirchen durch die Goten auf Gottes Willen zurück. Auch die Motive, die Theodosius zur formalen Anerkennung des Kirchenasyls bewegten, waren nach Dreher keineswegs mit denen der Kirche identisch: Dem Kaiser sei es vor allem darum gegangen, den kirchlichen Wirkungsbereich zu normieren und dabei seine eigene Milde und Fürsorge zur Schau zu stellen.

Dreher gelangt so zu dem Ergebnis, daß der Kaiser in der Asylfrage gerade aus der Konkurrenz zur Kirche heraus auf die kirchliche Linie eingeschwenkt sei. Seine Ausführungen belegen eindrücklich, weshalb das Asylgesetz von 431 einen festen Platz in der Debatte über den Regierungsstil des spätromischen Kaisers verdient hat. Insofern nämlich die Bedeutung der Konstitution von 431, wie Dreher betont, weit über den unmittelbaren Anlaß, das kurz zuvor erfolgte Eindringen bewaffneter Sklaven in die Kathedralkirche von Konstantinopel, hinausgeht, liefert sie ein klares Beispiel dafür, wie aus dem situativen Reagieren auf ein konkretes Problem eine umfassende und allgemeingültige Regel entstehen kann; mit anderen Worten: daß Reagieren und konstruktive Politik keine unversöhnlichen Gegensätze bilden, sondern in der Praxis ineinander übergehen können.

War das politische Scheitern des Procopius Anthemius die Folge einer kulturellen Entfremdung zwischen West- und Ostrom, die dazu führte, daß dieser Kaiser den westlichen Eliten nicht als Römer, sondern als Grieche erschien? Diese Frage, die in der neueren Forschung bejaht wurde, bildet den Leitfaden des Beitrages von Dirk Henning „Der erste „griechische Kaiser“. Überlegungen zum Scheitern des Procopius Anthemius im Weströmischen Reich“. Es geht also um konkrete Handlungsspielräume eines bestimmten Kaisers, aber auch um das Verhältnis von Kultur und Politik, mithin um strukturelle Determinanten politischen Handelns. Henning unterzieht zunächst die beiden einzigen Zeugnisse für die Annahme, Anthemius sei im Westen als *Graeculus* angefeindet worden, einer kritischen Prüfung. Dabei erweist sich der Bericht des Ennodius (V. Epiph. 53-55) über abfällige Äußerungen, die 471 in einer Versammlung ligurischer Senatoren gefallen sein sollen, als nachträgliche Überzeichnung durch einen Autor, der zur Zeit des Akazianischen Schismas, der ersten großen Kirchenspaltung zwischen West und Ost, schrieb. Der 468 wegen Hochverrats verurteilte gallische Prätoriumspräfekt Arvandus dagegen dürfte Anthemius zwar tatsächlich als *graecus imperator* verunglimpft haben, wie Sidonius Apollinaris (Ep. 1, 7) berichtet, war jedoch unter seinen Standesgenossen isoliert. Eine eingehende Betrachtung des historischen Kontexts aber führt nach Henning zu dem Ergebnis, daß die östliche Herkunft für Anthemius zwar ein Problem darstellte, das er durchaus erkannte und zu lösen versuchte, aber auch beträchtliche Vorteile mit sich brachte, insofern ihm die volle Unterstützung des Ostkaisers Leo eine unanfechtbare Legitimität und anfangs – bis zum Scheitern der Vandalenexpedition im Jahre 468 – auch die Verfügung über beträchtliche militärische Machtmittel einbrachte. Wenn es Anthemius nicht gelang, die westlichen Eliten hinter sich zu bringen, so lag dies nach Henning daran, daß er die italische Elite bei der Besetzung hoher Ämter nicht hinreichend berücksich-

tigt habe. Letztlich entscheidend aber sei der Umstand gewesen, daß Anthemius den Heermeister Ricimer gegen sich aufgebracht habe, indem er zu Beginn seiner Herrschaft, als er noch über oströmische Truppen verfügen konnte, eigene Parteigänger in hohe militärische Positionen beförderte. Aus diesem Grund sei er von Ricimer beseitigt worden, nachdem Leo seine Truppen aus dem Westen wieder abgezogen hatte. Die kulturelle Entfremdung zwischen westlichen und östlichen Eliten, so lautet das Fazit der Überlegungen Hennings, war in den Jahrzehnten nach dem Ende der valentinianischen Dynastie noch keineswegs so weit fortgeschritten, daß sie Anthemius von vornherein zum Scheitern verurteilt hätte, zumal die westlichen Eliten zu dieser Zeit selbst in regionale Fraktionen gespalten gewesen seien.

Hartmut Leppin untersucht in seinem Beitrag „Zu den Anfängen der Kirchenpolitik Justinians“ die Frage, welche Haltung dieser Kaiser in den ersten neun Jahren seiner Herrschaft gegenüber den Miaphysiten einnahm. Die Forschung hat der Position des Kaisers in dieser Frage meist jede Konsistenz abgesprochen und seine Politik mit einem Zickzackkurs verglichen: Auf eine energische Verfolgungspolitik zu Anfang der Regierung seien Ausöhnungsversuche gefolgt, doch sei der Kaiser schon bald, um 536, wieder auf eine kompromißlos pro-chalkedonische Linie eingeschwenkt. Leppin zeigt demgegenüber auf, daß die Kirchenpolitik Justinians zwischen 527 und 536 in zweierlei Hinsicht im Zeichen der Kontinuität stand: zum einen insofern der Kaiser in dieser Zeit durchgängig den Dialog mit den Miaphysiten suchte und deshalb darauf verzichtete, das eigene Bekenntnis, das am Konzil von Chalkedon orientiert war, mit aller Schärfe durchzusetzen. Die anti-häretischen Gesetze, die Justinian in dieser Zeit erließ, waren Leppins Interpretation zufolge nicht gegen die Miaphysiten gerichtet, sondern gegen gemeinsame theologische Gegner, vor allem die Nestorianer. Zum anderen weist auch der Habitus, mit welchem Justinian seine Religionspolitik praktizierte, eine bemerkenswerte Kontinuität auf, insofern der Kaiser in dieser Phase seine Bereitschaft zur Schau stellte, sich in theologischen Fragen belehren zu lassen, also die Demut des theologischen Laien über die Pflicht des christlichen Kaisers stellte, den wahren Glauben zu schützen und zu verbreiten. Diese gesprächsbereite Haltung hat in den Berichten über ein Religionsgespräch, zu dem der Kaiser 532 sowohl Chalkedonier als auch Miaphysiten einlud, besonders eindrücklichen Niederschlag gefunden. Wie Leppin herausarbeitet, erscheint Justinian nicht bloß in der zeitgenössischen chalkedonischen, sondern auch in der zeitgenössischen miaphysitischen Berichterstattung als demütiger Kaiser, der bereit ist, beide Seiten anzuhören. Allerdings erwartete Justinian natürlich, daß der Dialog zwischen den streitenden theologischen Richtungen, wie er ihn auf dem Religionsgespräch von 532 insze-

nierte, schließlich dazu führen werde, daß sich ein Konsens herausbilde, der zu seinem eigenen Glaubensbekenntnis nicht in grundsätzlichem Widerspruch stand. Als diese Erwartung enttäuscht wurde, wandelte der Kaiser, beeindruckt durch die Persönlichkeit des Papstes Agapet, seine Methoden, berief 536 ein Konzil der in Konstantinopel anwesenden Bischöfe ein, das die Miaphysiten als Häretiker brandmarkte, und sanktionierte anschließend deren Beschlüsse. Damit hatte er sich erstmals klar auf die Seite der Chalcedonier gestellt. In den 540er Jahren gab Justinian dann seine Zurückhaltung in Glaubensfragen vollends auf, indem er zunehmend mit theologischen Argumenten in die Kirchenpolitik eingriff – mit dem Erfolg, daß er am Ende seines Lebens Miaphysiten und Chalkedoniern gleichermaßen als Häretiker galt. Der Übergang von einer eher integrativen und dialogischen, im Sinne Millars also „reaktiven“, Religionspolitik zu einer „aktiven“, die vom Kaiser initiiert und konzipiert wurde, führt bei Justinian geradewegs ins politische Scheitern.

Sebastian Schmidt-Hofner unterzieht in seinem Beitrag „Die städtische Finanzautonomie im spätrömischen Reich“ die *communis opinio*, daß die schon in der Prinzipatszeit stetig zunehmende Kontrolle der kaiserlichen Verwaltung über die Finanzverwaltung der Städte während der ersten Hälfte des 4. Jahrhunderts in einer totalen Konfiskation der städtischen Einnahmequellen gegipfelt habe, einer Revision, indem er in eingehender Interpretation der Quellen nachweist, daß es keinen positiven Beleg für diese Auffassung gibt, sehr wohl aber zahlreiche Zeugnisse, die den Fortbestand städtischen Eigentums an Liegenschaften und Zöllen bezeugen: Das „Restitutionsedikt“ Julians, das von der Forschung bislang als indirekter Beleg für eine vorhergegangene Totalenteignung der Städte von ihren Ländereien gedeutet wurde, die der Kaiser ihnen durch diese Maßnahme zurückerstattet habe, bezog sich in Wahrheit auf Tempelland in städtischer Verwaltung, das unter Julians Vorgängern nachweislich konfisziert worden war, und läßt daher keine Rückschlüsse auf städtische Ländereien zu. Ebenso wenig vermag der in einer ephesischen Inschrift (I.Ephesos 42) überlieferte, von Valens an den *proconsul Asiae* Eutropius gerichtete Erlaß die Auffassung zu stützen, Julians Nachfolger hätten die Restitution städtischen Landes wieder rückgängig gemacht. Wie Schmidt-Hofner zeigen kann, geht es in diesem Erlaß keineswegs um den gesamten Grundbesitz der Städte in der Provinz *Asia*. Vielmehr ermächtigte der Kaiser Eutropius lediglich, das nach dem Tode Julians erneut konfiszierte Tempelland der Verwaltung der Städte zu übertragen. Die seit den frühen 370er Jahren belegte und offenbar für das gesamte Reich geltende Teilung der Einnahmen aus städtischen Einnahmequellen muß demnach anders gedeutet und erklärt werden, als die Forschung dies bislang getan hat:

Schmidt-Hofner verweist darauf, daß sich Eingriffe der kaiserlichen Verwaltung in die städtische Finanzwirtschaft bereits in der früheren Kaiserzeit beobachten lassen, die jedoch keineswegs zu einem totalen Verlust der Steuer- und Zollhoheit der Städte geführt hätten. In der Spätantike habe sich die Tendenz zur Aufsicht über die städtische Finanzwirtschaft, befördert durch den beträchtlich vergrößerten Staatsapparat, fortgesetzt und insgesamt verstärkt. Dennoch sei diese Einflußnahme „immer punktuell und je nach Situation von unterschiedlicher Intensität“ (246) geblieben. Die Quotierungsregel erscheint vor diesem Hintergrund als ambivalent: Einerseits setzt sie eine umfassende Kontrolle der kaiserlichen Verwaltung über die städtischen Einnahmequellen als selbstverständlich voraus, andererseits garantiert sie den Städten des Reiches erstmals eine partielle Finanzautonomie. Die Konsequenzen, die sich aus dieser Neuinterpretation ergeben, sind weitreichend: Die Auffassung, daß der spätrömische Staat die Finanzautonomie der Städte völlig beseitigt habe, muß relativiert werden, und die Geschichte der Finanzautonomie im spätrömischen Reich erweist sich als Teil einer längerfristigen Entwicklung, die von der früheren Kaiserzeit in die Spätantike und damit über die traditionelle Epochengrenze hinweg reicht.

Gegenstand des Beitrages „Kaiser und Katastrophe. Zur Bewältigung von Versorgungskrisen im spätrömischen Reich“, für den der Herausgeber selbst verantwortlich zeichnet, ist die Frage, wie sich der im Laufe der Kaiserzeit zu beobachtende Formwandel der Staatlichkeit auf die Lebensmittelversorgung der Städte auswirkte. Mit anderen Worten: Welche Rolle spielte der spätrömische Kaiser für deren reguläre Lebensmittelversorgung und für die Bewältigung akuter Versorgungskrisen? Nach Auffassung von Jean Durliat bedeuten die Reformen Diokletians und Konstantins auf diesem Gebiet einen tiefen Einschnitt, da der spätrömische Kaiser in jeder größeren Stadt der östlichen Reichshälfte eine kostenlose Brotverteilung finanziert habe. Diese Auffassung hält freilich einer Überprüfung an den Quellen nicht stand. Richtig ist aber, daß sich die kaiserliche Fürsorge in der Spätantike nicht mehr darauf beschränkte, die Lebensmittelversorgung der Stadt Rom zu sichern; sie bezog vielmehr auch die drei anderen Metropolen des Ostens, Alexandria (spätestens seit Diokletian), Konstantinopel (seit Konstantin I.) und Antiocheia (spätestens unter Justinian) mit ein. Die Fähigkeit und Bereitschaft der kaiserlichen Verwaltung, in diesem Bereich eine vorausschauende, planvoll gestaltende Politik zu betreiben, hatte gegenüber der früheren Kaiserzeit also erheblich zugenommen. „Gewöhnliche“ Provinzstädte jedoch versorgten sich im Normalfall noch immer ohne kaiserliche Unterstützung. Eine Analyse des unter dem Namen Josua Stylites geführten Berichts über eine verheerende Hungersnot, die in den Jahren 500–502 in den Grenzpro-

vinzen *Osrhoene* und *Mesopotamia* herrschte, vermag dieses schematische Bild mit konkreter Anschauung zu füllen. Josuas Bericht führt in eine Welt, in der die Ratsherren die politische Führung der Stadt vollständig eingebüßt hatten. Die Erwartung, Maßnahmen gegen den Hunger zu ergreifen, richtete sich darum nicht mehr an den Stadtrat oder einzelne seiner Vertreter, wie dies in den ersten Jahrhunderten der Monarchie die Regel gewesen war, sondern primär an den Statthalter und den Kaiser selbst. Der Handlungsspielraum des Statthalters war jedoch merklich geringer als derjenige, dessen sich die Statthalter der früheren Kaiserzeit erfreut hatten, da er übergeordneten Behörden unterstellt und zur Ablieferung eines im Voraus fixierten Steuerquantums verpflichtet war. Kaiser Anastasius aber befreite die von der Hungersnot betroffenen Provinzen erst dann von der Grundsteuer, als sie ohnehin nicht mehr zahlungsfähig waren; fiskalische Interessen hatten für ihn allerhöchste Priorität. Der Bischof von Edessa konnte sich während der Hungersnot zwar als geistliches Oberhaupt der Gemeinde und als Anwalt der Armen profilieren, handelte aber unabhängig vom Statthalter und vermochte beim Kaiser kaum etwas zu erreichen. Die kirchliche Armenfürsorge schließlich war darauf ausgelegt, die Not der mittellosen Bettler zu lindern, und daher völlig überfordert, als die Stadt sich in ein Flüchtlingslager für obdachlose und hungernde Menschen verwandelte.

V.

Wie stellt sich nun das Verhältnis von Staatlichkeit und politischem Handeln, so sei abschließend gefragt, in den zehn Beiträgen dieses Sammelbandes zur römischen Kaiserzeit dar? Daß sie das Thema aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten, liegt auf der Hand. Aber auch ihre Stoßrichtung ist durchaus unterschiedlich. Einige Beiträge, die der frühen und hohen Kaiserzeit gewidmet sind, gelangen zu Ergebnissen, die sich dem traditionellen Bild eines Staates, der weder den Willen noch die Fähigkeit besitzt, das gesamte Reich administrativ zu durchdringen, und darum viele Hoheitsfunktionen lokalen Gewalten überläßt, ohne weiteres einfügen. Dies gilt für Kai Ruffings Interpretation der kleinasiatischen *Emporia* als Ausdruck einer Wirtschaftspolitik, die von Städten und nicht vom Kaiser ausging, aber auch für Christian Mareks Analyse des lykischen Zollsystems, das ohne die Etablierung eines kaiserlichen Verwaltungsstabes auskam, weil die vorhandenen Strukturen als ausreichend betrachtet wurden. (Der Vergleich mit der Nachbarprovinz *Asia* zeigt freilich auch, daß ein solcher Apparat anderswo durchaus bestand.) Andrea Jördens dagegen gelangt bei ihrer am Beispiel des *praefectus Aegypti*

entwickelten Analyse statthafterlichen Handelns zu Ergebnissen, die das Millarsche Modell insofern transzendieren, als sie betont, daß die patronale Fürsorge für die wohlverstandenen Interessen der Untertanen durchaus Elemente der vorausschauenden Planung und eigenständigen Gestaltung beinhaltet. Auch Kostas Buraselis und Matthäus Heil fordern beide dazu auf, Millars Modell zu modifizieren, wenngleich auf je verschiedene Weise: Buraselis zeigt auf, daß Kaiser Hadrian keineswegs immer eines äußeren Anstoßes bedurfte, um Maßnahmen zu ergreifen, und daß er auch dann, wenn er von anderen zum Eingreifen aufgefordert wurde, durchaus fähig und willens war, eine eigene Konzeption zu entwickeln und durchzuführen. Heil dagegen stellt die Einheitlichkeit des Kaisertums als Institution grundsätzlich in Frage und versteht seine konkrete Ausgestaltung als Produkt unterschiedlicher Persönlichkeiten und Situationen.

In den fünf Beiträgen, die dem römischen Staat der Spätantike gewidmet sind, zeigen sich viele Unterschiede zur frühen und hohen Kaiserzeit, aber auch manche Gemeinsamkeiten. Neu ist das Problem von Staat und Kirche, mit dem sich Martin Dreher und Hartmut Leppin beschäftigen, aber auch die Koexistenz zweier Staaten, die sich einerseits als Teil ein und desselben *Imperium Romanum* verstehen, aber doch zugleich kulturell zunehmend entfremden, wie Dirk Henning verdeutlicht. Dreher und Leppin machen darüber hinaus deutlich, wie Reagieren und planvolles Gestalten auch bei spätrömischen Kaisern immer wieder ineinander übergingen, sich manchmal auch ablösten, Dreher am Beispiel der Asylpolitik Theodosius' II., der aus gegebenem Anlaß eine umfassende und allgemeingültige Regelung erließ, Leppin am Beispiel der Religionspolitik Justinians, der zunächst durchaus den Dialog suchte und sich dementsprechend zurückhielt, ab 536 aber Maßnahmen ergriff, die den wahren Glauben erzwingen sollten, im Ergebnis aber lediglich zu einer verschärften Polarisierung führten. Bei Sebastian Schmidhofer und dem Herausgeber werden dagegen eher traditionelle Bereiche kaiserlichen Handelns thematisiert. Während dieser betont, daß sich das späte *Imperium Romanum* im Bereich der Lebensmittelversorgung durch eine erhebliche Zunahme der Regelungskapazität auszeichnete, ohne freilich allen Reichsbewohnern ein Existenzminimum sichern zu können oder zu wollen, legt jener den Akzent auf die Kontinuität: Die Kontrolle der kaiserlichen Verwaltung über die städtischen Finanzen begann einerseits lange vor den Reformen Diokletians und Konstantins und führte andererseits auch in der Spätantike niemals zum vollständigen Verlust der Finanzautonomie.